

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.— Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Weite“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 28. September 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareillezeile 20 Pfennig, Reklameweile 5.— Reichsmark, „Kleine Inserate“ des freigelegten Wort 25 Pfennig

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Das bayerische Mördernest.

Der Bericht des Abgeordneten Dr. Levi im Gemeindeforschuss.

Der Gemeindeforschuss des Reichstages trat gestern zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden Mitteilungen verlesen, u. a. ein Gutachten des Reichsjustizministeriums über die Zuständigkeit der Untersuchungsausschüsse, ferner eine Korrespondenz mit dem bayerischen Staatsministerium des Innern über die Berechnung öffentlicher Beamten durch den Ausschuss.

Dann beschäftigte sich der Ausschuss mit einem Schreiben des Innenministers. Darin ist mitgeteilt, daß die bayerische Regierung bei der Reichsregierung wegen der

Angriffe des Abg. Levi auf die bayerische Justiz vorstellig geworden ist. Die Reichsregierung wünscht vor Verantwortung die Stellungnahme des Ausschusses kennen zu lernen. Der Vorsitzende vertritt die Auffassung, daß Veröffentlichungen aus den Akten erst nach abgeschlossener Beweisaufnahme erfolgen dürfen.

Abg. Levi wünscht die Stellungnahme bis nach Abschluß der Berichterstattung zurückzustellen. Man müsse sich auf Grund der Berichterstattung erst ein Bild machen, ob die Behauptungen wahr sind, die sich auf die Staatsanwälte beziehen. Dieser

Verlagungsantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Nach kurzer Beratung einigte sich dann der Ausschuss darauf, daß die

Zeugenerhebungen in München durchzuführen seien. Beginn der Ausschusssitzungen am 5. Oktober nachmittags 2 Uhr im ehemaligen Verkehrsministerium in München.

Der Ausschuss trat nun in die Behandlung der Gemefälle, die mit den bayerischen Einwohnerwehren zusammenhängen, ein.

Berichterstatter Dr. Paul Levi

führt folgendes aus: Zunächst muß festgestellt werden, daß die bayerischen Einwohnerwehren sich aus der Organisation Eiserich und aus der Organisation Kanzler entwickelt haben, die bereits 1919 gegründet wurden. Wir haben es hier vor allem mit der Landesleitung der Einwohnerwehren zu tun. Landeshauptmann war Herr Eiserich, stellvertretender Landeshauptmann Herr Kanzler. Die Landesleitung war in zehn Abteilungen gegliedert. Die Wirtschaftsabteilung hatte u. a. die Aufgabe,

Waffen für die Einwohnerwehren zu beschaffen. Waffen zu verräumen, wenn Verbot eines Lagers zu befürchten war. Am 6. Oktober 1920 wurde im Fortentwiler Park

das Dienstmädchen Maria Sandmeyer erschossen an einer Fichte hängend aufgefunden. Die polizeilichen Feststellungen haben ergeben, daß die Sandmeyer bereits im Auto erschossen wurde, und daß man dann die Leiche zu dem Baum hingehängt hat. Am 7. Oktober meldete sich der Kaufmann Zeller, Leiter der 12. Abteilung der Einwohnerwehr, bei der Münchener Polizei und sagte aus: Am 23. September 1920 sei zu ihm ein Wehrmann seines Bezirks in sein Bureau mit einer Frauensperson gekommen und habe erklärt, er habe auf der Straße das Waffenablieferungsgeld gesehen. Darauf sei er von der Frauensperson gefragt worden, wo man Waffen angeben müsse. Das Mädchen erklärte in meinem Bureau, es sei im Schloß Holzen bei dem Grafen Treuberg in Dienst, und dort befänden sich Kanonen und Gewehre. Als ihren Namen gab sie an: Sandmann aus Odelshausen. Wenigstens hörte ich es so.

Ich verständigte sofort die Landesleitung der Einwohnerwehr, damit die Waffen geborgen werden könnten.

Am 7. Oktober meldete sich die Jungfer Maria Schmidt von Nordhausen, die beim Konsul Kämmerich in München in Dienst war. Sie sagte aus, daß die Sandmeyer am 1. Oktober 1920 ebenfalls bei Kämmerich in Diensten trat. Dann schilderte sie, was mir bereits in „Vorwärts“ ausführlich berichtet haben, wie am Abend des 5. Oktober um 9 1/2 Uhr ein fremder Mann kam, der mit der Sandmeyer eine Viertelstunde lang unterhielt, und daß dann die Sandmeyer an diesem Abend nach 10 Uhr gesehen worden sei, wie sie aus ihrer Wohnung weggegangen sei.

Daraufhin wurde in Odelshausen nachgeforscht. Das Ergebnis war, daß am 5. Oktober eine Mannsperson in Odelshausen nach einem Fräulein Sandmann gefragt habe, die in Schloß Holzen in Dienst sei. Der Mann stellte sich als ein Herr Mederer aus Augsburg vor und gab an, die Sandmann sei ihm vom Grafen Treuberg empfohlen worden. Als ihm gesagt worden war, daß es zwar keine Sandmann, aber eine Sandmeyer im Ort gebe, meinte er, sie könne auch so heißen, der Graf schreibe eine so entsetzliche Pöste.

Am 13. Oktober ging bei der Polizei folgende Meldung ein: Am 5. Oktober, mittags 1 1/2 Uhr, fuhr ein Auto 2a 1894 beim Ringhotel in München (Sitz der Landesleitung der Einwohnerwehr) vor. Auf Veranlassung des Oberleutnants Braun wurde das Auto nach einem Seitenausgang in die Blumenstraße dirigiert, gegen konstante Gefährdung. In das Auto stiegen zwei Personen ein. Der Chauffeur überließ dem Oberleutnant Braun den Wagen. Am 6. Oktober morgens fand der Chauffeur den Wagen in furchterlichem Zustand. Er war vollständig durchbohrt und mit Urin beschmutzt.

Erst im Jahre 1924 kam der Münchener Polizei eine Anzeigeung des Rechtsrats Weinbrecht aus Nürnberg zur Kenntnis, daß 1921 bei dem Nürnberger Fest der „Reichsflagge“ man sich auch über den Fall Sandmeyer unterhalten habe. Dabei sei die Anzeigeung gefolgt:

„Das Saumensch hat auch noch ins Auto geschiff.“

Weinbrecht ist inzwischen an einem Schlaganfall gestorben, so daß diese Spur nicht weiter verfolgt werden konnte.

Ueber die Teilnehmer an der Autofahrt konnte festgestellt werden: Der Student Max Hebeleisen gibt zu, daß er der Lenker des Autos war. Am Ringhotel waren bei der Abfahrt Leutnant Schweikart und Berchtold, die mit in die Türkenstraße 54 gefahren seien, zur Wohnung des Studenten Alois Schneider. Dort seien sie ausgestiegen, und Alois Schneider eingestiegen. Alois Schneider sagt aus, das Hebeleisen die Fahrt mitgemacht habe. Er verschweigt aber Berchtold und Schweikart. Auch Oberleutnant Braun verschweigt dem Namen Schweikart.

Leutnant Berchtold erklärt,

er stehe mit der Leitung der Einwohnerwehr in keinerlei Zusammen-

hang. Von der Fahrt wisse er nur vom Erzählen. Er sei im Ringhotel anwesend gewesen, als das Auto anfuhr. Am 5. Oktober, nachmittags 1 Uhr, sei das Auto vom Chauffeur angefahren worden. Hebeleisen und Schneider übernahmen den Wagen und fuhr nach der Türkenstraße 54. Ich und Schneider sahen im Auto.

Vor der Wohnung des Schneiders erklärten die beiden, nach Traunkstein zu fahren. Abends 9 Uhr war das Auto wieder in der Türkenstraße. Dort war eine Herrengesellschaft. Am 20. Oktober wurde Berchtold nochmals vernommen. Dabei gab er zu, daß er vom 15. bis 19. Oktober 1920 einen Herrn in seiner Wohnung beherbergt habe. Als seinen Namen gibt er Erich Wagner aus Nürnberg an. Den Leutnant Schweikart kenne er nicht. Auch sein Name sei ihm nicht erinnerlich.

Dagegen hat der Mietgeber des Berchtold ausgefragt, Berchtold habe

öfter von Schweikart gesprochen.

Schweikart habe wohl auch Berchtold wiederholt besucht.

Alois Schneider gibt Hebeleisen als Mitfahrer an, ebenso den Studenten Schuster, nicht aber Berchtold und Schweikart. Am 18. November 1924 hatte Alois Schneider bei

Poincaré redet vom Frieden...

Ohne ihn unmöglich zu machen!

Paris, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Man wird wohl auch in Deutschland nicht erwartet haben, daß die jüngste Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen Poincaré von einem Saulus zu einem Paulus, den Mann des Vertrages von Versailles und des Ruhrsturzes zu einem überzeugten Apostel der Völkerverständigung und -verständigung verwandelt habe. Was man von ihm erwarten konnte, war lediglich, daß er durch seine Reden die von Briand und Stresemann in Thoiry eingeleitete

Politik des Ausgleichs nicht unmöglich

machen werde. Das war denn auch tatsächlich der Fall. Poincaré hat sowohl in seiner Sonntagsrede auf dem Kongreß der französischen Kriegsveteranen wie in seinen Ausführungen, mit denen er am Montag die Session des Generalrates seines Departements in Bar-le-Duc eröffnet hat, mancherlei gesagt, was in Deutschland sicherlich als wenig freundlich empfunden werden wird und was vor allem den deutschen Nationalisten willkommenen Gelegenheit geben wird, neue Argumente gegen die Politik von Thoiry vorzubringen. Das Entscheidende aber ist, daß er nicht nur nichts gesagt hat, was die Fortsetzung der einleitenden Aussprache zu erschweren geeignet wäre, sondern daß er sich zu dem Gedanken einer Politik der Annäherung und gegenseitigen Verständigung bekannt hat. Daß er auf den jüngsten Versuch Stresemanns, die Kriegsschuldfrage aufzurollen, in sehr unverföhlichem Tone antwortet, wird um so weniger Wunder nehmen dürfen, als Poincaré selbst an dieser Frage direkt interessiert ist insofern, als eine Losprechung Deutschlands von dem ihm gemachten Vorwurf, den Krieg provoziert zu haben, die Beurteilung seiner eigenen Vorkriegspolitik bilden muß.

Die am Montag gehaltene Rede Poincarés hatte vorwiegend innerpolitischen Charakter. Poincaré setzte sich darin zunächst eingehend mit den Gegnern seiner Finanzpolitik auseinander, um erst am Schluß auf die außenpolitischen Probleme zu sprechen zu kommen. Ueber die Politik gegenüber Deutschland führte er aus:

Keine Nation sei entschiedener dem Frieden zugewandt als Frankreich, dessen Regierung alles Menschenmögliche getan habe, den letzten Krieg zu verhindern. Keine Nation sei durch den Krieg so schwer mitgenommen worden wie Frankreich, dessen reichste Provinzen zum Schlachtfeld der mobilisierten Völker geworden seien. Seit dem Abschluß des Friedensvertrages sei Frankreichs ausschließliches Bemühen darauf gerichtet gewesen, dessen Bestimmungen getreulich zu achten und über deren Innehaltung durch die anderen zu wachen. Frankreich, das wie keine andere Nation mit Eifer und Enthusiasmus zu dem Friedenswerk des Völkerbundes beigetragen habe, verlange nichts als die dauernde Erhaltung seiner wiederhergestellten Territoriums und die regelmäßige Bezahlung der versprochenen Reparationen. Es habe sich niemals geweigert,

loyal mit Deutschland

über alle Fragen, die eines der beiden Länder interessieren könnten, zu verhandeln. Es berechtige auch seine Beschwerden in der Vergangenheit gewesen sein mögen, so habe es doch niemals (?)

versucht, dem Gegner von gestern gegenüber eine Politik der Ränküne und des Hasses zu verfolgen. Heute wie gestern sei Frankreich zu jedem Versuch einer Annäherung bereit unter der Bedingung, daß dieser mit den Verträgen und Bündnissen im Einklang stehe und daß er die Verantwortung der kaiserlichen Regierung am Kriegsausbruch außer Zweifel lasse und daß seine Aufrichtigkeit durch schlüssige und im voraus zu erbringende Beweise der

moralischen und materiellen Entwaffnung Deutschlands

gerechtfertigt werde. Frankreich schulde es sich selbst und seinem Ansehen, schulde es vor allem dem durch einen vierjährigen Krieg zerrütteten Europa und allen Völkern der Welt, daß es alles in seinen Kräften Stehende tue, um der Menschheit eine bessere Zukunft zu sichern. Frankreich werde sich dieser Verpflichtungen nicht entziehen, aber man werde andererseits sich nicht wundern dürfen, wenn es angesichts der Ungewißheit der Zukunft weder seine vertraglichen Rechte opfern noch seine Wachsamkeit einschränken wolle.

Schon nach der Sonntagsansprache Poincarés schrieb der Pariser „Quotidien“: „Nun aber Schluss!“ Diesem Ruf können wir uns nur anschließen. Insbesondere möchten wir Dr. Stresemann und die übrigen Mitglieder der Reichsregierung ermahnen, auf keine der beiden Reden des französischen Ministerpräsidenten zu antworten. Es ist durch die Gambirius-Improvisation Stresemanns schon genug Schaden angerichtet worden und eine Fortsetzung dieses Rededuells könnte unheilvoll werden. Es ließe sich zwar manches auf die Reden Poincarés erwidern, aber wozu? Mit sechsundsechzig Jahren lassen sich die Menschen nicht mehr ändern. Poincaré hat in seinem öffentlichen Leben noch nie ein wirklich warmes Wort gesprochen, er ist ein Mensch, der eisse Kühle erzeugt. Er hat zwar im eigenen Lande viele Bewunderer, aber keinen einzigen Freund. Niemand ist seine Herzlosigkeit so grausam geschildert worden, wie in dem vor einigen Monaten erschienenen Schlüsselroman „Bella“, der den jetzigen Pressechef des französischen Auswärtigen Amtes, Girardou, zum Verfasser hat. — Um dem deutschen Leser einen Begriff von der Wesensart Poincarés zu geben, sei nur gesagt: er weist starke Ähnlichkeiten mit dem Grafen Westarp auf, er ist womöglich noch unsympathischer, wenn auch entschieden intelligenter.

Unter diesen Umständen kann man es als einen Erfolg und ein Glück betrachten, daß Poincaré in seinen zwei Reden nichts kaputt gemacht hat. Die Richtlinien dieser zweiten Rede sind bekanntlich im Kabinett einmütig gebilligt worden; sie stehen auch an sich nicht im Widerspruch mit den Besprechungen von Thoiry. Dagegen tragen die Form und der Ton der Rede den persönlichen Stempel Poincarés. Zum Glück werden wir es bei den Verhandlungen nicht mit Poincaré, sondern mit Briand zu tun haben, den eine ganze Welt des Temperaments von seinem Ministerpräsidenten trennt.

einer Besprechung in Gegenwart des Staatsanwalts Kreffe dem Kriminaloberinspektor Reingruber erklärt, es sei eine Weisung von oben gekommen, die Sache nicht aufzulegen zu lassen.

Er glaube, vom Oberleutnant Braun. Die Weisung besagte, daß Leutnant Schweikart nicht genannt werden sollte.

Dr. Levi stellte nun noch fest, daß an dem Herrensabend am 5. Oktober 1920 in der Türkenstraße die Gruppe Böhm-Neuzert anwesend gewesen sei, und zwar: Gernac, Böhm, die Brüder Schneider, Schuster, Hebelstein. Diese Namen werden von allen Bernommenen zugegeben. Nur bei Berchtold und Schweikart gehen die Aussagen auseinander. Die einen behaupten, Schweikart sei nicht anwesend gewesen, die anderen geben die Richtigkeit der Anwesenheit Berchtolds zu, wieder andere bestreiten auch Berchtolds Anwesenheit. Als Leutnant Schweikart später verhaftet war und über diesen Herrensabend vernommen wurde, sagte er aus, daß er anwesend war und die ganze Nacht dort gewesen sei. Dr. Levi gibt dann eine

fatendatische Zusammenstellung der Daten.

Danach gibt Schweikart zu, am 5. Oktober vom Franziskaner nach dem Ringhotel gegangen zu sein und bestreitet, an der Tat mit dem Auto beteiligt gewesen zu sein. Es ist aber festgestellt, daß er am 5. abends nicht zu Hause gewesen ist. Am 6. und 7. Oktober ist er in der Waffenbergangelegenheit abwesend gewesen. Der 8. Oktober ist nicht belegt.

Am 9. Oktober hat er sich von der Polizeidirektion München einen Paß ausstellen lassen, der, entgegen dem Gepflogenheiten des Amtes, am selben Tage beantragt und ausgestellt worden ist.

Am 12. Oktober ist er in einer Waffengelegenheit nach Neuburg a. d. Donau gefahren, am 13. bei der Rückkehr von Neuburg am Bahnhof von Berchtold empfangen und erlucht worden, nicht nach Hause zu gehen. Am 13. war auch bei der Polizei die Autofahrt bereits gemeldet und bei Oberleutnant Braun die Rückfrage eingeleitet worden. Vom 15. bis 19. Oktober hat Schweikart bei Berchtold gemeldet, am 19. Oktober wurde Berchtold von der Polizei vernommen. Am 20. Oktober verschwand Schweikart. Schweikart hielt sich in München bei Leutnant Heinz unter dem Namen „Hans Lange“ auf. Die Umstände sprechen dafür, daß mehrere Täter an der Tat beteiligt gewesen sein müssen. Wenn aber eine Gruppe an dem Mord beteiligt war, dann erhebt sich die Frage, warum Schweikart aus München fliehen mußte, wenn die anderen blieben. Das Rätsel löst sich zwanglos, wenn man bedenkt, daß die Täter unter sich sicher waren, und gefährlich nur der eine werden konnte, der ertümelich nach „Sandmann“ gefragt hatte. Der Betreffende konnte bei der Gegenüberstellung erkannt werden. Das Ergebnis dieser am 30. Oktober erfolgten Gegenüberstellung war, daß der Behrer Rahl ausagte; das Bild Schweikarts habe große Ähnlichkeit mit dem Mann, der vorsprach und sich nach „Sandmann“ erkundigte. Er möchte fast behaupten, daß der Abgebildete der Betreffende gewesen sei. Auch andere Zeugen haben so ausgesagt. Die Theresie Sandmeyer sagte, sie erkenne ihn an dem schmalen Gesicht.

Aus diesen Umständen erklärt sich also zwanglos, warum die Gruppe ein Interesse an Schweikarts Verschwinden hatte.

Gegen Ende November wurde er an die österreichische Grenze gebracht. Bei der Frage nach der Bewertung der Flucht interessiert besonders die Frage nach der

Beschaffung der finanziellen und technischen Mittel.

woraus sich weitere Schlüsse auf die Interessenten ergeben. Die Mittel dazu kamen nach Aussage des Studenten Almeier in Gestalt einer

telegraphischen Geldanweisung aus München über 2000 M. an Heinz.

Als Absender wurde ein gewisser Max Kreher in München ermittelt, gegen den wegen Begünstigung Haftbefehl erlassen wurde. Ob der Haftbefehl vollstreckt wurde, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Dieser gab an, das Geld von dem Tatterfallbesitzer Böhm erhalten zu haben, gegen den aber kein Haftbefehl erlassen wurde. Böhm sagte aus, er habe Kreher nicht beauftragt, gab aber dann zu, er sei in einer Verfassung gewesen, in der er Willkürlichkeiten gemacht habe und er

nannte als Veranlassung Oberleutnant Braun.

Am 5. September 1922 jagte Almeier weiter aus: Ich bekam in München den Auftrag: „Sie fahren nach München zu Heinz, um den Schweikart zu holen und bringen ihn nach Landsbut, wo Sie sich an die Landesleitung wenden.“ Der Auftrag kam von Braun. Er sagte: „Sie kennen Schweikart, Sie holen ihn aus

Münster, seine Adresse weiß ich noch nicht.“ Levi erinnert daran, daß gegen Braun auch in diesem Stadium keinerlei Schritte gemacht wurden und sein Verfahren eingeleitet wurde.

Es ist nun nur noch die Frage des Zustandekommens des Passes von Bedeutung. Nachdem Schweikart am 12. Oktober 1921, ein Jahr nach der Tat, in Jenbach (Pettisau) verhaftet worden war, wurde er Ende Oktober vernommen und sagte bei der Befragung über den Paß aus, daß

sei eine Privatangelegenheit, er verweigere die Auskunft.

an wen er sich bei der Polizei gewandt habe. Am 15. bis 16. Oktober sei er nochmals auf der Polizeidirektion gewesen bei demselben Beamten wie vorher schon und zwar bei dem Polizeibeamten Glaser. Später sagte er, er sei einem unbekanntem Beamten auf dem Gang begegnet. Der Beamte habe ihm liebenswürdig geholfen, und so sei es gelungen und er habe den Paß erhalten. Das Paßformular für die Ausstellung dieses Passes trägt den Vermerk: „Ausgestellt auf Ersuchen der Abteilung VIa (Glaser).“ Glaser erklärte später, er könne sich nicht daran erinnern.

Abg. Levi verliest dann die Darstellung des österreichischen Gendarmereipostens in Jenbach über die Verhaftung des Schweikart. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Herr vernommen, der mit Schweikart zusammen daselbe Zimmer bewohnt hatte; es war der Leutnant Berchtold. Dieser erklärte: Schmidt habe einmal in München im Hotel „Deutscher Kaiser“ gemohnt, ob es sein richtiger Name sei, wisse er nicht. Berchtold wohnte zusammen mit einem gewissen Heinz von Wangenheim, mit dem er entgegen seinen Ankündigungen noch am Abend nach der Verhaftung von Schweikart in Richtung Innsbruck abgereist ist.

Schweikart hat bei seinen verschiedenen Vernehmungen immer wieder andere Angaben über die angeblichen Motive seiner Flucht gemacht. Schweikart wurde dann am 20. Dezember 1922 wieder aus der Haft entlassen; die Ermittlungen gingen weiter.

Abg. Levi teilt dann eine Notiz des Landgerichtsrats Saalberg vom 15. August 1925 mit, worin über die neuerliche Verhaftung des Almeier gesagt wird, sie sei deshalb erfolgt, weil Kreffe, die dem Almeier nahestand, das Verfahren zu beeinflussen suchten. Diese Kreffe gingen von der Auffassung aus, daß Morde an Landesverrätern eine vaterländische Tat seien und die Ränder der Strafe entzogen werden müßten.

Dann behandelte Abg. Levi die verschiedenen Arten von Hilfsstellungen, die dem Schweikart zur Verfügung standen. Die erste Hilfsstellung ist die

Paßbeschaffung durch die Polizei.

Aus einem Protokoll vom 13. Dezember 1922 geht hervor, daß Schweikart gelegentlich hat, den Glaser je gesehen oder gesprochen zu haben. Ueber die Beschaffung des ungarischen Passes geht aus den Akten die interessante Tatsache hervor, daß Schweikart zuerst mit dem Chef des ungarischen Generalkonsulats in München verhandelt hat, der dann den zuständigen Beamten anwies, den Paß auszustellen. Visum und Grenzstempel auf diesem Paß, der auf den falschen Namen Janos Schmidt lautet, sind gefälscht. Der wirtschaftliche Delegierte beim ungarischen Generalkonsulat hat bei seiner Vernehmung am 20. Oktober 1924 ausgesagt, daß der Paß nur auf Empfehlung einer einflussreichen deutschen Persönlichkeit ausgestellt sein könne. Schweikart behauptet, den Paß von Professor Stempfle (früherer Vater, dann Redakteur des „Miesbacher Anzeigers“) erhalten zu haben, der das seinerseits wieder bestreitet. Auch Polizeipräsident Boehner und der württembergische Oberamtmann Fried haben jeden Zusammenhang mit der Angelegenheit bestritten.

Aus der Aussage eines Beamten des Münchener Fremdenamtes geht hervor, daß auch

der falsche Paß für Kapitänleutnant Ehrhardt durch Boehner besorgt

worden ist. Polizeisekretär Glaser hat auf Vorhalt ausgesagt, daß zur Zeit, als die Einwohnerwehr noch bestand, wiederholt vom Wehrkreiskommando der Reichswehr beschleunigte Anträge auf Paßausstellung gestellt wurden. Fried habe diese Anträge an Glaser gegeben, der sie dann an das Fremdenamt weiterleitete. Hier wirt Genosse Levi die Frage auf, warum Fried diesen Umweg über Glaser gegangen sei.

Als zweite Hilfsstellung für Schweikart bezeichnet Genosse Levi

Beziehungen zum Wehrkreiskommando.

Aus einer Unterredung, die Hauptmann Obermaier vom Wehrkreiskommando mit Schweikart geführt hat, hat der Hauptmann in seiner Vernehmung mitgeteilt, daß er zu Schweikart gesagt habe, es sei gut, wenn man Waffendenunziationen ab-

biegen könnte. Er habe die Mittel nicht dazu. Vielleicht könne sich Schweikart an kapitalträchtige Leute wenden. Das war kurz vor der Ermordung der Sandmaier.

Levi trägt dann weitere Aussagen aus den Akten vor, aus denen hervorgeht, daß Schweikart auf Empfehlung des Generals Epp von der Gräfin Törring-Jettenbach bei dem bayerischen Herzog Ludwig untergebracht wurde. Ein Münchener Kriminalbeamter, der Schweikart dort beobachtet hat, gibt der Meinung Ausdruck, daß Schweikart deshalb in der Gunst des Herzogs stehe, weil er sich allmählich zum Erpreßer gegen seine Mitwisser auswachse, die möglicherweise Freunde des Herzogs seien.

Eine weitere Hilfsstellung fand Schweikart bei der Justiz und der Landesleitung der Einwohnerwehr. Dem Oberregierungsrat Reutel vom bayerischen Justizministerium ist während der Haft des Almeier 1921/22 mitgeteilt worden, man solle bei Almeier vorsichtig sein, da er Material habe, das den vaterländischen Kreisen unangenehm sein könne. In diesem Sinne habe sich eine hochstehende Persönlichkeit, auf deren Namen er sich nicht entsinne, im Justizministerium verwenden.

Eines Tages erschien Dr. Gademann beim Staatsanwalt Wetter und erklärte ihm, wenn die Fortienrieder Mordfälle so weitergeführt würde,

dann würden Leute der Regierung Rahr in die Sache hineingezogen werden, Boehner, Rahr und Kaufmann sowie Industrielle. Auch ein anderer politischer Mord würde dann aufgedeckt werden, für den auch die Fortienrieder Attentäter in Frage kämen.

Mitwisser sei Justizminister Roth.

Es könnten also Mitglieder der Regierung Rahr aufs schwerste kompromittiert werden.

Als Oberleutnant Triebel über sein Wissen um die politischen Morde befragt wurde, berief er sich auf das Schweigeversprechen, das er dem Landeshauptmann der Einwohnerwehr, Herrn Eicherich, gegeben habe, weigerte sich aber, selbst dann Zusagen zu machen, wenn das Schweigeverprechen aufgehoben würde. Eicherich selbst erklärte sich nicht bereit, das Schweigeverprechen zurückzunehmen.

Oberregierungsrat Ranzler, der stellvertretende Landeshauptmann der Einwohnerwehr, gab in seiner Vernehmung an, daß die Einwohnerwehren im engeren Zusammenarbeiten mit dem Reichswehrkommando die Bergung von Waffen befragt haben, um sie dem Zugriff der Entente zu entziehen. Er selbst habe sich damit nicht befaßt, um sich als Mitglied der Landesleitung der Einwohnerwehren nicht zu kompromittieren. Aus einem Brief Ranzlers an den Reichstagsabgeordneten Dr. Heim liest Genosse Levi folgende Aufforderung vor:

„Bearbeite weiter die Sache J., es gibt sonst einen Höllen-Kanal.“

Nachdem Levi noch festgestellt hat, daß erst im März 1923 Anklage gegen Schweikart, Almeier und Genossen wegen Ermordung der Sandmaier erhoben wurde, die Beschuldigten aber wieder außer Verfolgung gesetzt worden sind, wird die Sitzung auf Dienstag, vormittags 10 Uhr, vertagt.

Die deutschen Bauern wehren sich.

Ein Organ gegen Großgrundbesitz und Landbund.

Seit Jahren schon kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß die früher so schwerbewegliche Masse der deutschen Klein- und Mittelbauern gegen die politische und wirtschaftliche Führung der landwirtschaftlichen Interessen durch den Großgrundbesitz und besonders den Landbund sich auflehnt. Die Bauern werden sich mehr und mehr sowohl der Unabhängigkeit ihrer Interessen gegenüber dem Großagrariertum bewußt, als auch der Tatsache, daß sie zur Verteidigung ihrer Interessen die Republik brauchen. Nicht den Führer, sondern den Verfänger erblickt das Bauerntum heute in Großagrariertum und Landbund, deren Schlagwortpolitik die Klein- und Mittelbauern vielfach zur Preisgabe der eigenen Interessen veranlaßt hat. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß die deutschen Klein- und Mittelbauern nun auch durch ein eigenes Organ in der Öffentlichkeit ihre Wirtschaftsinteressen gegen das Großagrariertum verteidigen und dazu beitragen werden, in der Bauernschaft noch mehr als bisher den republikanischen Gedanken gegen die Reaktion zu festigen. Wie wir erfahren, wird der Reichsverband deutscher Klein- und Mittelbetriebe ab 1. Oktober bereits die neue Wochenzeitschrift erscheinen lassen.

Der Glanz der Kaiserzeit.

Von JodoL.

In einem Berliner Rechtsblatt war jetzt, anlässlich des vorgesehene Verkaufs eines großen Hotels an das Reich, eine recht wehmütige Betrachtung über Berliner Vergnügungsmöglichkeiten zu lesen. In Gastwirtskreisen, hieß es, wundere man sich gar nicht darüber, daß die Hotels zur Hälfte leer ständen. Es sei ja nichts mehr los in Deutschland und deshalb blieben die Ausländer fern. Sie vermischten in Berlin den „Glanz der Kaiserzeit“. Früher seien sie zu uns gekommen ob der Paraden, ob des Ausziehens der Schloßwache, um Hoffestlichkeiten beizuwohnen, um die Mitglieder der Fürstenthümer zu sehen. Sogar für die im Herzen doch so gut republikanischen Amerikaner sei dies alles doch ein Anziehungspunkt gewesen und ein Grund, in Deutschland zu verweilen. Heute erledigten sie eilig ihre Geschäfte und trollten sich dann.

Nun weiß man ja, wie das rechts gemacht wird. „In Gastwirtskreisen“ wird geschrieben, und wirklich gesagt hat das gelegentlich einmal ein vereinzelter Gastwirt. Immerhin, es mag an dieser Resignation schon etwas Wahres sein. Gewiß gibt es Ausländer und Inländer, die wenig interessiert an dem politischen Gehalt, dessen Ausstrahlung das Primitivum der Kaiserzeit war, dieses um seiner selbst willen liebten, denen sein farbiges Trara eine Augenweide bedeutete, eine Belustigung und eine Unterhaltung.

Aber das ist es ja eben: Paraden und Schloßwachen, Hoffeste und Spaliere an Fürstenequipagen waren keine Staatsnotwendigkeiten, sondern Schauspiel, waren Aufputz, Firnis, Gebärde. Zugegeben, die Amerikaner blieben stehen, wenn die Schloßwache ihre umständliche Zeremonie egefeuert, und einige mögen sogar herübergekommen sein, nur um es mit eigenen Augen zu sehen, wo und unter welchen Umständen der lauteste Mann Europas residierte. Aber wie unterschiede sich dann dieses Interesse von einem, das etwa wir den Tarditionen eines ruffähigen Wasserflusses entgegenbringen! O, wenn wir einmal in den schwarzen Erdteil führen, wir machten unser Interesse für fremde Lebensgewohnheiten auch gewiß nicht von unserem Einverständnis mit ihnen, von unserer Hochachtung für sie abhängig. Im Gegenteil: Das Ausgefallenste wäre uns das Liebste, das Absurdeste zöge uns am meisten an.

Es ist auch wahr, daß hierzu Lande manche seit der Revolution etwas vermissen, aber es ist ihnen doch leicht gefallen, sich einigermaßen Permisch zu schaffen. Statt der strammen Kaisergerüsteneine bewundern sie jetzt die der Tiller-Girls und ihre überschüssige Vungenkraft verschwenden sie in Hurras auf Belter, statt, wie früher, auf Wilhelm. Es kommt ja alles auf eines hinaus. Heute wie früher wollen sie den Rummel, den Betrieb, die Beschäftigung, den Krokodil, den äußerlichen Effekt, wollen sie die Sensation statt der stillen Bedeutenheit.

„Der Glanz der Kaiserzeit“, das war all der oberflächliche und nur fürs Auge berechnete Blätter, das war ein süßlicher Pudding zur

unverdaulichen Hauptspeise, ein Stück ewigen Faschings als Gaudium für romantische Backische und schaulustige Amerikaner.

Vielleicht ist der die „deutschen Gastwirtskreise“ repräsentierende vereinzelt Herr Gastwirt der „Deutschen Zeitung“ Besitzer einer an einem ehemaligen Parabelfeld gelegenen Schankstätte. Insofern wäre ja dann freilich die heiße Träne, die er dem verlustenen Glanz nachweint, geistig hinreichend fundiert, denn was hat es zu sagen, daß die republikanische Idee auf der Linie der Höherentwicklung des Menschengeschlechts liegt, wenn dabei die Frequenz einer Bierbude nachläßt.

Das Konfett.

Die nachfolgende Schilderung enthält eine vorzügliche Uebersetzung aus der böhmisch-schlesischen „Atosnja Gafelo“.

Auf der großen Anlegebank — gleich einem winzigen Fled — die in sich zusammengeknünte Gestalt eines Knaben. Das ist der Dieb Semjonoff — „Schurka Sahalka“. Dem Aussehen nach kann man ihm 12 Jahre geben — in Wirklichkeit ist er 17. Der Gesichtsausdruck ist kindisch, erschrocken düster. Die schmutzigen Finger knallen nerods das Wäghen.

Er kam zur Schwester in die Stadt gefahren. Aber die Schwester hat geheiratet und ist fortgezogen, irgendwohin, hatte den Knaben allein gelassen in der großen furchtbaren, unbekanntem Stadt. Und Schurka geht auf die Straße. Auf dem Prospekt hat er Bekanntschaft geschlossen mit Wanka und Sergunka, die zusammen 26 Jahre zählen. Zusammen wohnen sie nun auf dem Boden; dann „verzichen“ sie in den Keller, denn im Keller befindet sich die Dampfheizung und es ist dort warm. Nun fiedelt sich bei ihnen der zwölfjährige Mischa Bogdanoff an, der seiner Mutter entflohen.

Man muß leben! Das ist's, was diese zwölf- bis vierzehnjährigen Burshen eint. Zu Anfang denken sie daran, auszugehen, um „das Glück zu suchen“. Aber wohin? Dorthin, wo der Wein wächst. Aber der Wein wächst in weiter Ferne — wann mag man ihn erreichen? Doch essen muß man noch heute?

Die Knaben entscheiden sich für den Diebstahl. Sie schleichen sich bei Bogdanoffs Mutter ein und stehlen — eine Pastete. Auch ein Ringlein gerät in ihre Hände. Sie nehmen „nebenbei“ auch das Ringlein und verkaufen es für 3 Rubel. Es ging gut ab. Sie wurden nicht erwischt! Neue Tat reißt: ein Einbruch in das Kooperatio. Wanka und Sergunka steigen durchs Fenster und Schurka steht Schmiere. Der zwölfjährige Wanka und der vierzehnjährige Sergunka geben vor wie regelrechte Blünder. Doch selbst Diebe sind, zwölfjährig, noch Kinder. Die Blünderer tragen Konfett heraus. Zwar haben sie auch 12 Rubel in barem Gelde an sich genommen, aber wichtiger ist — Konfett, viel Konfett, die Taschen voll, die Bluse, ja, einen ganzen Sad voll.

Mit dem Konfett sind sie auch hereingefallen. Zwei der Blünderer haben sich in die Kommission für Minderjährige begeben. Schurka Semjonoff steht vor Gericht. Es ist der Hereingefallene. Doch er leugnet und versucht alle Schuld auf die abwesenden Freunde abzumägen. Es war ihrer Hände Wert! Stockend und finster, als schäme er sich, erzählt er vom Hunger, vom Boden, auf dem es kalt, vom Keller, in dem es warm gewesen war, von der Straße und von den Kindern und dem wohlschmeckenden Konfett.

Das Bericht unter dem Vorh der Genossen Kontin verurteilt ihn zu drei Jahren, zieht jedoch seine zurückgebliebene Entwicklung, die Ermitteltheit der Verurteilung und die Not in Betracht, vermindert die Strafe auf 6 Monate, setzt sie schließlich wegen Minderjährigkeit auf 4 Monate herab, unter Anrechnung der Unterjuchungshaft.

Der Knabe ist frei.

Intelligenzprüfung der Schnecken. Um Tiere auf ihre geistigen Fähigkeiten zu prüfen, bedient man sich in letzter Zeit der Weichode, daß man ihnen auf dem Wege zur Nahrung oder zum Lager zwei Möglichkeiten zur Wahl stellt. Entschieden sie sich für die eine, so erreichen sie ihr Ziel; wählen sie aber den anderen Weg, so erhalten sie einen leichten elektrischen Schlag. Bei den meisten Versuchstieren hat man beobachtet, daß sie nach längerer oder kürzerer Zeit nur noch den einen, den „richtigen“ Weg wählen, der sie zu ihrem Ziel führt, und diesen längere Zeit im Gedächtnis bewahren. Amerikanische Gelehrte haben nun auch, wie in der „Umschau“ berichtet wird, solche Prüfungen mit Schnecken vorgenommen. Die Tiere wurden in den Langbalken eines T-förmigen Weges eingesetzt und konnten sich an der Gabelung nach rechts oder links wenden; rechts fanden sie einen ihnen zuzugenden dunklen Aufenthaltsraum, links erlebten sie einen elektrischen Schlag. Bei einigen Tieren erstreckten sich die Versuche auf 43 Tage. Die Schnecken mußten fünfmal in der Woche, täglich zwei- bis sechsmal den Weg zurücklegen. Hierzu brauchte ein Versuchstier anfänglich bis zu einer Stunde. Nach dem 13. Tage froch es gleich weiter, ohne anzuhalten, und nach dem 56. Versuch machte es nur ein einzigesmal einen Fehler. Bei den Schnecken ließ sich beobachten, wie die Zahl der Irrtümer ganz allmählich abnahm und wie sich der richtige Weg immer fester einprägte.

Eine Umfrage nach den Unsterblichen. Auf die Neuerung Ripplings hin, daß von allen Dichtern und Schriftstellern der Weltliteratur höchstens zwölf den Ruhm der Unsterblichkeit besäßen, hat eine New Yorker Zeitung fünfzehn namhaften Schriftstellern, darunter sechs Amerikanern, drei Engländern, zwei Franzosen, einem Deutschen (Georg Kaiser), einem Italiener, Spanier und Schweden die Frage nach den zwölf Unsterblichen vorgelegt. Nach einem Bericht der „Literarischen Welt“ erhielt Shakespeare 13 Stimmen, Dante und Homer je 11 Stimmen. Dann folgten Virgil mit 9 Stimmen, Balzac, Cervantes und Goethe mit je 7 Stimmen, Molière mit 6, Platon mit 5, Dickens und Voltaire mit je 4 Stimmen. Milton als Zwölfter erhielt 3 Stimmen.

Städtische Oper. Nafaldo Salpatini tritt ihr Engagement am Mittwoch, den 29. September an. Sie singt an diesem Abend in „Deskau“ die Rolle der Martha.

Die Kiemer Synagoge als Verlebensklub. Auf Antrag einer Arbeitergruppe hat die Kreisregierung von Kiev die Umwandlung der Synagoge in ein Klubhaus für Arbeiter angeordnet. Die Sowjetregierung der Ukraine hat den Beschluß bestätigt.

Kaufmann eines Riesenmammut. Im Transbaikaliengebiet ist in den ewigen Eisküsten ein gut erhaltenes Mammutabauer aufgefunden worden. Der Fund wurde nach Leningrad an die Akademie der Wissenschaften zur wissenschaftlichen Untersuchung abgeliefert.

Offiziersbluttaten im besetzten Gebiet.

Ein Deutscher erschossen, zwei lebensgefährlich verletzt

Germersheim, 27. September. (WZ.) Nach dem bisherigen Verlauf der heute vormittag aufgenommenen und von einem im Auftrag der bayerischen Staatsregierung aus Speyer nach Germersheim entsandten Regierungskommission geleiteten Ermittlungen über die Germersheimer Mordtat bildete die erste Veranlassung der Wortwechsel zwischen zwei französischen Leutnants in Zivil und dem Schuhmacher Richard Holzmann. Im Verlauf dieses Wortwechsels griff der eine der beiden französischen Offiziere zum Revolver und gab auf Holzmann einen Schuß ab, der den Unterleib durchschlug. Dieser Vorfall spielte sich am Ludwigsplatz ab. Nach der Tat bogen die beiden französischen Offiziere in die Sandstraße ein und überließen den Verwundeten seinem Schicksal. Der Landwirt und Fuhrmann Rathes und der Arbeiter Emil Müller, die sich zufällig in der Nähe, jedoch nicht in der Begleitung des verwundeten Holzmann befanden und daher mit dem Streit nicht das geringste zu tun hatten, eilten, als der Schuß fiel, dem Verwundeten zu Hilfe. Sie ließen dann den beiden französischen Offizieren nach, um ihre Persönlichkeiten festzustellen, ohne jedoch zu wissen, daß es sich um Angehörige der französischen Besatzungsbehörde handelte, weil die beiden Franzosen Zivilkleider trugen. Gegenüber der Post, das sind 300 bis 400 Meter vom Ludwigsplatz entfernt, hielten die beiden Deutschen die beiden französischen Offiziere ein. Der Verlauf der sich nunmehr sehr rasch abspielenden Ereignisse ist im einzelnen zur Stunde noch nicht vollständig geklärt. Doch steht fest, daß der Arbeiter Richard Müller von einem aus nächster Nähe abgegebenen Schuß niedergestreckt wurde, er war sofort tot. Der Landwirt und Fuhrmann Rathes wurde durch einen Schuß ins Gehirn lebensgefährlich verletzt. Die Untersuchung darüber, ob beide französischen Offiziere geschossen haben und wer den tödlichen Schuß auf Müller und den Schuß auf Rathes abgab, ist noch nicht abgeschlossen.

„Kein Zeichen des Zusammenbruchs.“

Wichtige Anklage Macdonalds gegen Baldwin Doppelspiel.

London, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Die kurze Parlamentstagung, welche für eine einmonatige Verlängerung des Ausnahmezustandes einberufen worden war, gestaltete sich dank der Initiative der Arbeiterpartei zu einem gewaltigen Angriff auf die Regierung Baldwin wegen ihres Verhaltens in der Kohlenkrise. Macdonald bemühte die Gelegenheit zu einer groß angelegten Rede, in der er die Regierung, auf das tiefste und überaus belastende Material der letzten Wochen gestützt, anklagte, in ihrem ganzen Verhalten im Kohlenkampf

kein ehrliches Spiel mit den Bergarbeitern getrieben

zu haben. Insbesondere verwies Macdonald auf das darin bestehende Doppelspiel, daß die Regierung den Bergarbeitern gegenüber den Eindruck erweckt hätte, sie werde sie bei dem Zustandekommen einer nationalen Lohnregelung unterstützen, während die Regierung schon einen Monat vorher die Unternehmer habe wissen lassen, daß sie auf nationale Lohnverhandlungen kein Gewicht legt. Macdonald regte an, daß die Regierung das Gesetz über den Achtstundentag auf eine unbestimmte Zeitdauer suspendieren solle, um ein Mittel in Händen zu haben, die Unternehmer zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Ein solcher Schritt würde den Kampf um zwei Monate verlängern. Macdonald schloß unter Anruf auf der Regierungsbank mit dem Hinweis, daß kein wirklich ernstes Zeichen dafür vorhanden sei, daß die Bergarbeiter zu kapitulieren gedächten und daß

kein Anzeichen eines ernstes Zusammenbruchs vorhanden

sei. Der Rede Macdonalds war eine Rede Baldwins vorausgegangen, in welcher er sich darauf beschränkte, die Kohlenlage historisch zu überblicken und die in einem Eingeständnis gipfelte, daß es der Regierung nicht gelungen sei, eine Schlichtung des Kohlenkampfes herbeizuführen.

Churchill sagte unter Widerspruch der Arbeiterpartei, die Regierung habe den Bergarbeitern niemals ein nationales Abkommen versprochen können. Es liege nicht in der Macht der Regierung oder des Parlaments, ein nationales Abkommen herbeizuführen.

Neben den parlamentarischen Verhandlungen ging eine Reihe von Besprechungen im Lager der Arbeiterpartei her, welche darauf ausgehen, den Bergarbeitern in ihrer gegenwärtigen schwierigen Lage alle mögliche

Hilfe von der Gesamtarbeiterbewegung

zu sichern. So beschloß die Fraktion der Labour Party, nach einer Besprechung mit den Führern der Bergarbeiter, in der großen Kampagne der großen britischen Gewerkschaften zugunsten der Bergarbeiter alle ihre Mitglieder voll und ganz zur Verfügung zu stellen. Auf einen Beschluß der Fraktion der Arbeiterpartei ist es auch zurückzuführen, daß die Regierung gezwungen worden war, die parlamentarische Sitzung, welche lediglich zum Zwecke der Verlängerung des Ausnahmezustandes gedacht war und nur einen Tag dauern sollte, auf zwei und möglicherweise sogar drei Tage auszuweihen, um dem Parlament Gelegenheit zu geben, die Kohlenlage in voller Ausführlichkeit zu besprechen.

Ein Reihe von Gewerkschaftsgruppen der Bergbaudistrikte hat sich während des Wochenendes mit der Colemit Coal-Frank Hodges befaßt und Resolutionen angenommen, in denen teils der Rücktritt des internationalen Sekretärs der Bergarbeiter Frank Hodges gefordert wird, teils verlangt wird, daß sich Hodges in Zukunft auf seine eigenen Aufgaben als Sekretär der Bergarbeiter-Internationale beschränken möge.

Preußen und die Notstandsarbeiten.

Amlich wird mitgeteilt: Das preußische Staatsministerium behandelte in seiner Sitzung am Montag die Inangriffnahme großer Notstandsarbeiten. Auf Grund von programmatischen Darlegungen der Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wurden insbesondere die schwebenden Wasserstraßenfragen, die Möglichkeiten rationeller Bodenverbesserungen, Kultivierungen und Flußregulierungen zur Verhütung von Hochwasserständen durchbetont. Die beteiligten Ressorts (Handelsministerium, Landwirtschaftsministerium, Verkehrsministerium) werden in gemeinsamer Arbeit mit dem Finanzministerium in Kürze detaillierte preußische Vorschläge aus den genannten Arbeitsgebieten zusammenstellen, die der Reichsregierung zur Berücksichtigung bei der Ausführung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms vorgelegt werden sollen.

Italienisches Dementi.

Keine Flottendemonstration vor Tanger.

Rom, 27. September. (Telef.) Die von einigen Zeitungen verbreitete Meldung von der Beteiligung Italiens an einer angeblichen Flottendemonstration vor Tanger entbehrt jeder Grundlage.

Bevölkerungspolitik und Arbeiterschaft

Tagung der Arbeiterwohlfahrt.

Jena, 27. September. (Eigener Drahtbericht.)

Als der großherzogliche Polizeistaat einst den Sozialdemokraten Jena die Säle abtreiben ließ, errichtete der große Philantrop und Wissenschaftler Ernst Abbe — mit August Bebel gut befreundet — als tröstlichen Protest gegen die mörderische Bosartigkeit des Volkshauses mit der Bestimmung, es stets als Tagungsraum sämtlichen geistigen Strömungen zu öffnen, vor allem aber den Sozialisten. Drei sozialdemokratische Parteitage glänzenden Stils hat dieses Volkshaus dann gesehen und das ernste geistige Ringen um Form und Inhalt der deutschen Arbeiterbewegung einer nun schon fast ganz verbliebenen großen Generation miterlebt. Sonnabend und Sonntag war er der glückselig gewählte Tagungsort der bevölkerungspolitischen Debatten des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt. Begrüßt von den roten und schwarzroten Führern der Arbeiterbewegung hielten an 350 Vertreter aus allen Teilen der deutschen Republik, Oesterreichs und der Tschechoslowakei Einzug in die von dem Pfaffenordens Abbe „Karl Zeiß“ beherrschte Stadt.

Am Freitagabend fand zunächst eine interne Sitzung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt statt. Die Sonnabendtagung wurde eröffnet durch die Genossin Juchacz, die zuerst dem leider viel zu früh verstorbenen Genossen Dr. Silberstein einen würdigen Nachruf widmete. Sie ging dann kurz auf den Zweck der Tagung ein. Ein möglichst umfassendes Gebiet solle auf ihr verhandelt werden. Der starke Befund bewies die Wichtigkeit der Veranstaltung.

Der erste Punkt der Tagesordnung

„Sozialismus und Bevölkerungspolitik“

wurde vom Genossen Dr. Quader-Frankfurt behandelt. Er ging davon aus, daß seit jeher enge Beziehung zwischen Bevölkerung und Wirtschaft bestanden habe, um dann darzutun, wie jede Zeitepoche sich ihre eigenen Anschauungen über das Bevölkerungsproblem gebildet hat. Eine große Rolle spielt auch heute noch dabei das Malthusische Gesetz, das besagt, daß die Bevölkerung stärker zunimmt, als es der Nahrungsraum zuläßt.

Mit dem Aufkommen des wissenschaftlichen Sozialismus wurde die Erklärung immer unbefriedigender. Marx und Engels widerlegen in ihren Werken gründlich diesen Standpunkt. In bürgerlichen Kreisen haben sich nur wenige Gelehrte gefunden, die ihre Arbeit dieser Frage widmeten und auf Grund wissenschaftlicher Durcharbeiten die alte Malthusische Lehre, die auch heute noch großen Einfluß ausübt, ablehnten. Unter ihnen sind besonders zu nennen Franz Oppenheimer, Romberg und Brentano.

In sozialistischen Kreisen ist man zu einer Neuorientierung nach dem Kriege durch die Arbeiten des Berliner Hygienikers Genossen Grotzahn gekommen. Sein Standpunkt, daß die menschliche Fortpflanzung nicht mehr dem Zufall überlassen bleiben dürfe, sondern nach den vorhandenen Produktions- und Lebensmöglichkeiten geregelt werden müsse, kann für die Übergangszeit zum Sozialismus anerkannt werden.

Die österreichischen Parteigenossen sind an die Lösung der bevölkerungspolitischen Fragen am leistungsfähigsten herangegangen. Sie verlangen in ihrem Programm die Errichtung öffentlicher Beratungsstellen, die zur Auskunft über gesundheitsmäßliche Mittel zur Verhütung der Empfängnis dienen soll. Die Abgabe dieser Mittel sollen durch die Steuerentlastungen erfolgen. Die Unterbrechung der Schwangerschaft soll nicht durch Eingriffe, sondern durch sozialhygienische Maßnahmen verhindert werden.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß in der Entwicklung von Marx bis zum österreichischen Programmator ein weiter, aber sicherer Weg ist. Der Sozialismus ist die größte Befreiungsbewegung, die durch Umwandlung des Kapitalismus in die gemeinwirtschaftliche Produktionsweise jeden an den ihm zukommenden Platz stellen will. Dazu brauchen wir denkende Menschen. Infolgedessen dürfen wir Bevölkerungspolitik nicht quantitativ, sondern qualitativ treiben. (Beifall.)

Unmittelbar darauf folgte der zweite Vortrag über

„Säuglings- und Mutterschutz“

durch Genossen Dr. Zadel nach einem Manuskript Silbersteins. Die Entwicklung zur Großindustrie hat die Auflösung der Familie herbeigeführt. Als Folgeerscheinung trat eine große Säuglingssterblichkeit auf. Ihre Bekämpfung gehört mit zu den vornehmsten Aufgaben der sozialen Fürsorge. In der Säuglingsfürsorge soll allein der Arzt und die Gesundheitsfürsorge den bestimmenden Einfluß haben. Die gesamte Säuglingsfürsorge muß einheitlich zusammengefaßt werden, damit nicht verschiedene Ressorts auf demselben Gebiet nebeneinander arbeiten. Das kann am besten durch Gesundheitsämter geschehen. Zur Herabdrückung der Säuglingssterblichkeit ist es notwendig, die soziale Hygiene von der Wohlfahrts- und Armenpflege zu trennen. Das Sinken der Säuglingssterblichkeit, das wir gegenüber früheren Jahren zu verzeichnen haben, ist mit ein Erfolg des durch die Fürsorge erreichten Selbststillens der Mütter. Hierzu ist eine Erhöhung und Verlängerung auf fünf Monate dringend notwendig. Große Sorgen bereiten uns die unehelichen Mütter. Die Sterblichkeit ihrer Kinder ist viel höher als die der anderen Frauen. Die Schaffung von Säuglings- und Mütterheimen ist hier anzustreben. Unsere allgemeinen Krankenhäuser sind mit ihren großen Sälen ohne Muttermilch weder für gesunde noch für kranke Kinder geeignet. Ferner ist die Fabrikarbeit der schwangeren Frau für sie selbst und ihr Kind äußerst schädlich. Anzustreben ist ein Arbeitsverbot der werdenden und stillenden Mütter. In der Gegenwart ist der Mutterschutz auf mindestens drei Monate auszudehnen.

Der Kapitalismus hat das Weib als Mutter am schwersten betroffen. Die Folgen sind siehe, kraftlose Mütter und leide Kinder. Die Reaktion ist nicht ausgeblieben. Mit dem Erstarken der politischen Bewegung erkannte das Weib, daß es nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte hat. Ihr in diesem Befreiungskampfe zu helfen, muß unsere vornehmste Aufgabe sein. (Beifall.)

In der Debatte sprachen die Genossen Dr. Bönenstein, Dr. Drucker, Direktor Cohn-Berlin, Direktor Hellmann-Hamburg, Dr. Kantorowicz-Kiel, Dr. Eppstein-München, Dr. Korach, Frau Wygodzinski. Die Diskussionsredner trugen zu den einzelnen Ausführungen des Genossen Zadel wertvolle Ergänzungen vor. In seinem Schlußwort faßte Genosse Zadel die Gedankengänge der Aussprache noch einmal zusammen und betonte, daß außer vielen anderen Faktoren die Wohnungsfrage in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit eine sehr große Rolle spielt.

Ueber den

„Schutz der Schwangeren im Betriebe“

referierte Genosse Dr. Rades. Er schilderte zunächst die Aktion, die der Deutsche Textilarbeiterverband zugunsten seiner schwangeren Mitglieder in den Betrieben der Fabriken unternommen hat. In der Textilindustrie sind zwei Drittel weiblich und nur ein Drittel männliche Arbeitskräfte beschäftigt und von den weiblichen sind noch genauer Statistik des Textilarbeiterverbandes 37,3 Prozent verheiratet oder verheiratet gewesene Frauen. Auf Grund einer genauen Umfrage mit Hilfe von Fragebogen, die von kundigen Fachkräften aufgestellt wurden, hat man dann wissenschaft-

lich einwandfreies und brauchbares Material bekommen, um auf Grund der Ergebnisse dieser Enquete und unter Zuhilfenahme von ärztlichen Gutachten an die Reichsregierung, den Reichstag und die Parlamente der einzelnen Länder heranzutreten in den Forderungen:

1. Verbot der Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft, 2. Beschränkung der Erwerbsarbeit schwangerer Personen im 5. und 6. Monat der Schwangerschaft und höchstens vier Stunden pro Tag mit zweistündiger Pause, 3. Vergütung des entgehenden Erwerbserdienstes aus Mitteln des Staates oder einer zu schaffenden obligatorischen Kollektivversicherung, und als weitere Maßnahmen des Schwangerschutzes wurden vom Textilarbeiterverband gefordert: Schaffung von Sitzgelegenheiten, Einrichtung von Kantinen, Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden für Schwangere in Großbetrieben u. a. m.

Daß in der Textilindustrie der Einfluß der Erwerbsarbeit auf Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Kind ein unheilvoller ist, namentlich wenn die Arbeiterin noch bis zum 6., 7. oder gar 8. Monat in der Fabrik tätig ist, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Nichtsdestoweniger hat auch nach dieser Richtung hin die Enquete des Textilarbeiterverbandes geradezu grauerregende Zustände ergeben. Wenn im Reichstag im Sommer dieses Jahres das bisher gültige Wochenhilfsgesetz jetzt schon, vor Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, zwei wesentliche Verbesserungen bringen konnte, einmal die Gewährung unentgeltlicher Hebammenhilfe und zweitens die Verlängerung des Schwangerschutzes für die erwerbstätigen Frauen, so kann einen großen Teil dieses Fortschrittes der Textilarbeiterverband sich zuschreiben. Rades erklärte schließlich:

Gesundheitspolitik ist zu einem großen Teil Lohnpolitik und Wohnpolitik.

Bei unzureichender Entlohnung der Arbeiterschaft, bei unzureichenden Ernährungsmöglichkeiten und vollständig ungenügenden Wohnungsverhältnissen ist jeder Versuch, eine vernünftige Gesundheits- und Bevölkerungspolitik zu treiben, von vornherein zum Scheitern verdoomt, einschließlich aller Bemühungen, hygienische Volksbildung in die Massen zu bringen.

Schwangerschaft und Fabrikarbeit sind unverträgliche Gegensätze und mit dem Wesen einer richtig verstandenen Gesundheits- und Bevölkerungspolitik unvereinbar. Wir verlangen eine Ausdehnung des Schwangerschutzes und müssen alle unsere Energie auf den einen Punkt konzentrieren, nämlich

das größte Kapital eines Staates, den Menschen.

zu halten, zu erhalten, zu kräftigen und zu stärken. Am Schluß seiner Ausführungen kam Rades auch auf die übrigen Berufe, in denen weibliche Arbeiterinnen beschäftigt sind, zu sprechen, auch auf die traurigen Verhältnisse in der Heimarbeit, und sagte zum Schluß: Je größer die Widerstände von Seiten der Wirtschaft gegen den Schutz der Schwangeren im Betriebe, um so mehr muß die Arbeiterpartei ihre Anstrengungen verdoppeln, verdreifachen, vervielfachen! Hier ist das ureigenste Tätigkeitsgebiet der Frau aus dem Proletariat! Darum soll auch von dieser Stelle aus der Ruf an die Frau des Proletariats gerichtet sein: Hinein in die Organisation! Stärkt die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats! Das ist die notwendige Voraussetzung für eure Arbeit zum Schutze der Schwangeren in den Betrieben! (Starker Beifall.)

Darauf spricht Gertrud Hanna über das gleiche Thema:

Die Frauen stellen einen erheblichen Teil der Arbeitskräfte in Deutschland. In gewerblichen Betrieben dürften circa 4 Millionen Frauen beschäftigt sein. Auch in Zukunft muß man mit umfangreicher Frauenarbeit rechnen, nicht nur weil häufig die Männer erwerbslos sind, sondern weil auch der Reallohn gesunken ist. Darum müssen besondere Schutzmaßnahmen für Schwangere getroffen werden, weil die Schädigungen des Berufs sich auch auf das Kind auswirken. Der heutige Mutterschutz ist unzureichend und belastet außerdem zum großen Teil die Arbeitnehmer. Anzustreben ist eine Mutterchaftsversicherung; denn mit dem Verbot der Frauenarbeit ist es nicht getan. Notwendig ist die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Neben den Bestrebungen zur Erleichterung der Arbeit durch Einrichtungen, wie Räume zum Ausruhen und dergleichen, muß für den Ausbau der Gewerbeaufsicht gesorgt werden. Ueber allem aber steht die Sicherung des Existenzminimums, da sonst Gesetze und Verbote wirkungslos bleiben. Darum Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. (Beifall.)

In der Aussprache, die sich an die beiden Referate anschloß, kamen die verschiedenen Gesichtspunkte zur Darstellung. Insbesondere wurde das Landarbeiterproblem und die Gewerbeaufsicht behandelt. Gegenüber sehr weitgehenden Forderungen erklärte schließlich Genossin Hanna im Schlußwort, daß man bei aller Energie des Schwangerschutzes auf die zu überwindenden Widerstände bedacht sein und überlegen müsse, wie weit man mit aktuellen Forderungen gehen darf.

Damit war die Tagesordnung für Sonnabend erledigt. Für die Gäste schloß sich daran eine Besichtigung des Senar Planetariums.

Die russische Freiheit.

Eine Erklärung Kurt Heinigs.

Von dem Genossen Kurt Heinig, der augenblicklich außerhalb Berlins weil, erhalten wir folgende Zuschrift: „Erst heute lese ich, daß die „Rote Fahne“ die alte „diplomatische“ Lüge wieder aufwärmt, daß ich den Zweck meiner Reise nach Rußland verheimlicht und nur wegen dieses „Vertrauensbruchs“ die Einreisegenehmigung nicht erhalten hätte.“

Was ich schon einmal öffentlich festgestellt habe, unterstreiche ich heute nochmals: Meine Einreise nach Rußland ist von kommunistischer Seite in voller Kenntnis der beabsichtigten Berichterstattung für „Vorwärts“, Partei- und Gewerkschaftspressen und mit Erfolg befürwortet worden, denn ich habe ja die Einreisegenehmigung erhalten!

Nachdem die Einreisegenehmigung wieder zurückgezogen war, mußte ich zu meinem Ersauern feststellen, daß der Sekretär der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“, der, wie eben erwähnt, meinen Reisezweck bis ins einzelne kannte, von der russischen Botschaft vor der Zurückziehung der Erlaubnis darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß ich etwas „verheimlicht“ hätte. (Das wäre zwar Unsinn gewesen, denn keine Beschränkung war ja in voller Kenntnis meiner Eigenschaft als sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Berichtsersteller erfolgt; es hätte aber doch gezeigt, daß man über mich nicht Bescheid gewußt hätte!)

Es bleibt mir nur eine Erklärung: Man hat es sich aus Angst vor freier sozialdemokratischer Berichterstattung anders überlegt, und zog die Erlaubnis deswegen zurück.

Da es bei den russischen verantwortlichen Stellen billiger zu sein scheint, zu verkünden, als die Wahrheit zu sagen, wurde der „Vertrauensbruch“ konstruiert. Da mich dieser Lügenkrieg schon im ersten Augenblick ansetzte, hätte ich gern geschwiegen; nachdem aber von der kommunistischen Presse fortgesetzt wurde, nehme an, daß sie nunmehr den Mund halten wird.

Herrn Dr. Brauns Verteidigung. Sie ist so schwach wie seine Sozialpolitik.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat am Sonnabend in Köln vor dem Ortsauschuß des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes die angekündigte Rede über die „Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft“ gehalten. Im Verlaufe seiner Rede beantwortete der Reichsarbeitsminister auch die Fragen, die wir ihm in der Abendausgabe vom 23. September gestellt hatten.

Wegen der Arbeitsbeschaffung erklärte Dr. Brauns nach dem Bericht des Wolff-Bureau, daß er „als End- und Gesamtergebnis der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen die Beschäftigung von mehreren hunderttausend Menschen erwarte“.

Nun sind aber gegenwärtig noch über 2 Millionen Erwerbslose bei den Arbeitsnachweisen eingetragen. Wenn der Reichsarbeitsminister selbst als mittelbare und unmittelbare Wirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms nur die Beschäftigung von einigen Hunderttausend Erwerbslosen erwarte, wo bleiben dann die anderen?

Wir haben auf die Tatsache hingewiesen, daß im Kohlenbergbau im steigenden Maße Uebersichten verfahren werden, während gleichzeitig 45 000 Bergarbeiter arbeitslos sind. Wir hoben weiter darauf hingewiesen, daß in Reichsbetrieben der Achtstundentag systematisch überschritten wird, daß die Reichsbahn unmensliche und die Sicherheit gefährdende Dienstschichten eingeführt hat. Darauf antwortet der Reichsarbeitsminister, daß er auf die Reichsbahngesellschaft keinen Einfluß habe, daß er mit Hilfe des Gerichts die Reichsbahngesellschaft zur Anerkennung eines für verbindlich erklärten Schiedsspruches zwingen mußte.

Damit gesteht Dr. Brauns selbst zu, was er zunächst bestritt: daß er durchaus die Möglichkeit hat, die Reichsbahngesellschaft zur Anerkennung der deutschen Gesetzgebung zu zwingen. Allerdings muß diese Gesetzgebung so gestaltet sein, daß Dienstschichten von 12 und 14 Stunden und darüber und daß eine regelmäßige Arbeitszeit von mehr als acht Stunden nicht zulässig sein dürften.

Auf unseren Hinweis, daß die Ratifizierung des Abkommens von Washington noch immer auf sich warten lasse und daß Deutschland von allen europäischen Industrieländern bezüglich der Ratifizierung der internationalen Abkommen so ziemlich an letzter Stelle stehe, erwidert der Reichsarbeitsminister, daß das Arbeiterschutzgesetz „in allerhöchster Zeit an das Kabinett komme“.

Eine derartige Erklärung hat der Reichsarbeitsminister schon wiederholt abgegeben. Wenn wir aus der Vergangenheit auf die Zukunft schließen dürfen, dann bedeutet für den Reichsarbeitsminister „in allerhöchster Zeit“ mindestens einige Jahre.

Unseren Hinweis auf das Arbeitslosenversicherungsgesetz beantwortete der Reichsarbeitsminister dahin, daß das Gesetz schon im Jahre 1922 beendet war, im Juni 1923 dem Reichstage vorlag, wegen des Ruhrkampfes zurückgestellt wurde und bei der Reichstagsauflösung unter den Tisch fiel, aber auch daß „die Kreise um den „Vorwärts“, bis in die parlamentarische Vertretung hinein, mit zu denen gehörten, die die Ausführungen der Ideen für heißes Eisen hielten“. Den neuen Entwurf habe das Reichskabinett schon 1925 angenommen. Beim Reichswirtschaftsrat blieb er ein ganzes Jahr liegen und nun endlich schweben im Reichsrat Beratungen.

Wir wüßten nicht, was die dunkeln und in jeder Beziehung unbedeutenden Angriffe gegen „die Kreise um den „Vorwärts“ mit der Tatsache zu tun haben, daß der Reichsarbeitsminister es angeht, die ungeheuren und andauernden Wirtschaftskrisen es an Initiative und Tatkraft fehlen läßt. Wenn man das sozialpolitische Faszinieren der langen Tätigkeit des Reichsarbeitsministers zieht, dann kommt außer dem Abbau des Achtstundentages herzlich wenig heraus. Wir befinden uns nicht mehr in der Inflation und nicht im Ruhrkampf. Jetzt ist die Zeit, die höchste Zeit zu sozialpolitischen Taten.

Verbandstag der Polizeibeamten. Für die Einigung mit dem ADB.

Der 4. ordentliche Verbandstag des Verbandes der preussischen Polizeibeamten, der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, nahm gestern im Kaiseraal des Zoo seinen Anfang. Als Vertreter des preussischen Innenministeriums waren erschienen Reg.-Rat Dr. Kopp und Kriminalrat Conrad. Von den Parlamentariervertretern sah man u. a. den Landtagsabgeordneten Genossen Jachert und den Reichstagsabgeordneten und Leiter der Beamtenzentrale der SPD., Genossen Hermann Waeger, die in kurzen Ansprachen der Tagung einen guten Verlauf wünschten. Des weiteren waren anwesend Vertreter der dänischen und der österreichischen Polizeibeamten.

Die Begrüßungsansprache des Verbandsvorsitzenden Schrader war ein starkes und eindrucksvolles Bekenntnis für die Einheit des Reiches und

für die Republik.

Nach der Wahl der Verhandlungsleitung und der einzelnen Kommissionen zur Beratung der Anträge erläuterte der Verbandsvorsitzende Schrader den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht und legte in längeren Ausführungen dar, daß es der Organisation während der Berichtszeit gelungen sei, die beamtenrechtlichen, wirtschaftlichen und inwendigen Verhältnisse der Polizeibeamten zu verbessern. Wenn nicht immer ein voller Erfolg erzielt werden konnte, so lag es auch mit an der allgemeinen mifflischen Wirtschaftslage. Eine innere Festigung der Organisation kommt auch in den Mitgliederzahlen zum Ausdruck. Nach dem Geschäftsbericht zählte die Organisation am 1. Januar 1925 insgesamt 58 130 Mitglieder, am 30. Juni 1926 60 801. Schrader wies in seinen Ausführungen immer wieder darauf hin, wie notwendig eine einheitliche Organisation, zumindest aber ein einheitlicheres Zusammenarbeiten der Polizeibeamtenverbände sei, um die berechtigten Forderungen der Polizeibeamtenschaft bei den Behörden nachdrücklicher vertreten zu können.

Dem Bericht folgte eine ausgedehnte Diskussion, in der mit ziemlicher Schärfe, aber mit aller Sachlichkeit die Mißstände nicht nur in der Befoldung, sondern auch in der rechtlichen Stellung und der Behandlung der Polizeibeamten kritisiert wurden. Anerkannt wurde auch das Verständnis des preussischen Ministers Severing für die Polizeibeamtenfragen, was auch in einer einstimmig an-

genommenen Entschließung zum Ausdruck kam, in der dem erkrankten Minister baldige Genesung gewünscht wird, damit er, wie es in der Entschließung wörtlich heißt,

„Die Demokratisierung der Staatsverwaltung.“

die Republikanisierung und Entmilitarisierung der Polizei zur Durchführung bringen und das neue Polizeibeamtengesetz im Sinne und Geiste der Weimarer Verfassung schaffen kann.“

Nach dem dann erstatteten Rassenbericht wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Bei der dann folgenden Besprechung organisatorischer Fragen und Erledigung der Anträge nahm der Vorsitzende des ADB. Hägel das Wort und verteilte die Stellungnahmen des Bundes nach den gescheiterten Einigungsverhandlungen mit dem ADB., die bekanntlich zu der Einigung mit dem Gesamtverband der christlichen Beamtenorganisationen geführt haben. Der Verbandstag folgte seinen Ausführungen mit einer eifigen Ruhe und zollte ihm wenig Beifall. Seine Mahnung, den ersten Abtag der folgenden Entschließung abzulehnen, wurde nicht beherzigt und diese mit allen gegen acht Stimmen angenommen:

„Der Verband der preussischen Polizeibeamten bedauert schmerzlich das Scheitern der Einigungsverhandlungen zwischen ADB. und ADB., nachdem über die grundsätzlichen Fragen vollkommene Einigung erzielt worden war.“

Eine solche Einigung ist aber unbedingt notwendig, um dem berechtigten Verlangen weitester Beamtenkreise nach Beilegung der organisatorischen Zersplitterung und Beilegung der damit verbundenen Schäden zu entsprechen und um eine wirksame Abwehr der dem deutschen Berufsbeamtentum drohenden Gefahren zu ermöglichen.

Die Voraussetzung für die Schaffung der

Einheitsfront aller Arbeiter, Angestellten und Beamten

ist der Zusammenschluß aller Beamten in einer einheitlichen großen Beamtenorganisation. Die Polizeibeamten rufen deshalb in dieser Schicksalsstunde der Arbeitnehmerbewegung allen Beamten zu, sich in ihrem Einigungswillen durch keine Querstreben beeinflussen zu lassen und die Einigung herbeizuführen, selbst wenn es über die Köpfe der Führer hinweg sein sollte.

Wir rufen die Gewerkschaftsführer auf, im Interesse der jetzt mehr als je notwendigen Zusammenfassung der werktätigen Bevölkerung zum Kampfe gegen die wachsende Macht der Wirtschaftsmächte ihren ganzen Einfluß für die Schaffung der Einheitsfront in die Waagschale zu werfen.“

Einstimmig und ohne Diskussion angenommen wurde am Schluß des ersten Verhandlungstages noch folgende Entschließung: „Der Verbandstag kann den zwischen dem ADB. und dem Gesamtverband der Beamtenorganisationen (GdB.) einseitig getroffenen Organisationsabmachungen nicht zustimmen.“

Wenn der Verband auf seiner Tagung im Mai 1925 in Elberfeld den Beschluß faßte, den ADB. zu Verhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund zu bewegen, so dachte er dabei an eine

Wiedervereinigung der bis zum Jahre 1922 im ADB. organisierten Kräfte.

Eine solche Vereinigung auf die Beamten des GdB. auszudehnen, hätte der Verband begrüßt. Da nun eine Einigung mit dem ADB. infolge seiner Forderung auf Anerkennung der gemischten Organisationsform gescheitert ist, dagegen eine Vereinigung mit dem GdB. zustande gekommen ist, die über diesen Zustand hinaus noch die nichtbeamteten Mitglieder der betreffenden Beamtenorganisationen in den ADB. aufnimmt, besteht die Gefahr, daß dem ADB. vorgeworfen wird, er habe sein bisheriges Organisationsprinzip und die neutrale Linie verlassen. Der Verbandstag betrachtet die Einigungsverhandlungen mit dem ADB. als nicht endgültig abgeschlossen und erwartet deren Fortsetzung nach jeder Seite, um eine einheitliche Beamtenorganisation unter strikter Neutralität in parteipolitischen und konfessionellen Hinsicht wieder erstehen zu lassen.“

Der ADB. und die christlichen Gewerkschaften. Sie wollen sich verschmelzen.

Auf dem Anfang Oktober tagenden Bundestag des Deutschen Beamtenbundes wird, wie die Zeitschrift der christlichen „Deutschen Postgewerkschaft“ mitteilt, eine Verbindung des Deutschen Beamtenbundes mit dem Christlichen Gesamtverband der Beamtenorganisationen, der bekanntlich zum christlichen Gewerkschaftsbund gehört, vollzogen werden und zwar „auf der Grundlage der Staatsbejahung und der Volksgemeinschaft“. Das Blatt erklärt, daß diese neue Beamtenorganisation keine Verbindung zum freigewerkschaftlichen ADB. haben wird und hofft, daß es auch gelingen wird, den Reichsbund der höheren Beamten in diese neue Spitzenorganisation mit einzubeziehen.

Damit ist klargestellt, warum die Einigungsverhandlungen mit dem ADB. zum Scheitern kamen. Die Unterhändler des ADB. haben ganz offenbar so gehandelt, daß diese Verhandlungen scheitern mußten.

Schiedsspruch für das Baugewerbe in Berlin. Nicht gehalten und nicht gestochen.

Für das Baugewerbe des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin fanden gestern im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt, da bekanntlich die bezirklichen Lohnverhandlungen gescheitert waren. Das zentrale Schiedsgericht kam zu einer Ablehnung der Anträge sowohl der Arbeiter wie der Unternehmer. Danach bleiben die Löhne in ihrer bisherigen Höhe für das gesamte Baugewerbe in Berlin bestehen.

Der Tarifkonflikt im Bankgewerbe.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Reichswirtschaftsgerichtsrats Dr. Königsberger Verhandlungen zur Beilegung des Tarifkonflikts im Bankgewerbe statt. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig und zogen sich bis in die späten Abendstunden hin.

Zunächst begründeten die Vertreter der Bankangestelltenorganisationen, des Allgemeinen Bankbeamten-Bereins und des Deutschen Bankbeamten-Bereins ihre Anträge auf Erhöhung der Ge-

hälter und eine für die Angestellten günstigere Formulierung der Arbeitszeitbestimmungen. Der Vertreter des Reichsverbandes der Bankleitungen erklärte dann, daß die Bankleitungen angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage außerstande seien, die geforderten Gehaltserhöhungen zu bewilligen, noch bezüglich der Arbeitszeitbestimmungen Zugeständnisse zu machen. Es kam sodann zu äußerst lebhaften Kontroversen zwischen den Vertretern der beiden Parteien.

Die Verhandlungen, die um 1/11 Uhr ihren Anfang nahmen und nur während der Zeit von 2-3 Uhr durch eine einstündige Mittagspause unterbrochen wurden, zogen sich bis 1/5 Uhr nachmittags hin. Da sich auch zu diesem Zeitpunkt keine Einigung formel finden ließ, wurde ein Schlichtungsausschuß zusammengesetzt, dem sechs Beisitzer angehören und zwar drei Unternehmer- und drei Angestelltenvertreter, um einen Schiedsspruch zu fällen.

In später Abendstunde fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, wonach die Gehälter im Bankgewerbe bis zum Ablauf des Tarifvertrages unverändert bleiben sollen. Dagegen empfiehlt er dem Reichsverband der Bankleitungen, Ende Dezember d. J. den Angestellten ein halbes Monatsgehalt zu zahlen, dafür dann aber vom Januar 1927 ab zur Ultimo-gehaltszahlung überzugehen. Die Arbeitszeitbestimmungen sollen unverändert bleiben.

Die Jüdische Gemeinde als Unternehmer.

Der für die Arbeiterschaft des Jüdischen Friedhofs in Weikensee bestehende Tarifvertrag sah eine neue Lohnregelung vor, falls nach dem 1. Januar dieses Jahres der Lohnstarif der preussischen Verwaltungsarbeiter eine Änderung erfährt. Eine Neuregelung dieser Löhne wurde im Preussischen Befoldungsblatt vom 8. Juli d. J. bekanntgegeben. Die Lohnhöhung betrug für Berlin rückwirkend ab 1. Januar d. J. 1 bis 3 Pf.

Die Arbeiterorganisationen, Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Deutscher Berkehrtsbund, beantragten daraufhin die Anberaumung einer Verhandlung, um die tariflich festgelegte neue Lohnfestsetzung nach Maßgabe des preussischen Verwaltungsarbeiter-Tarifs treffen zu können. Darauf ging eine Antwort überhaupt nicht ein. Auf telephonische Anfragen wurde erklärt, daß vor der Rückkehr des Vorsitzenden der Friedhofskommission, der sich in der Sommerfrische befand, keine Entschiedenungen getroffen werden können.

Benor jedoch eine Verhandlung stattfand, wurden Mantel- und Lohnstarif gekündigt. Nach mehrfachen Bemühungen der Organisationen kam endlich am 23. August eine Verhandlung zustande. Die Vertreter der Gemeinde erklärten jedoch, daß eine Lohn-erhöhung unter keinen Umständen zugestanden werden könne. Sollte die Gemeinde genötigt sein, den Tarifbestimmungen Rechnung zu tragen, würde man zum nächsten zulässigen Termin die Löhne entsprechend herabsetzen, um einen Ausgleich herbeizuführen.

Die Verhandlung wurde vertagt, nachdem die Vertreter der Gemeinde erklärt hatten, nach Prüfung der erforderlichen Unterlagen eine neue Verhandlung anzubereiten. Im Hinblick auf die bisherigen Verschleppungsmanöver bezweifelten die Organisationen diese Bereitwilligkeit zur rechtzeitigen Erledigung dieser Angelegenheit.

Wie recht sie hatten, beweist das weitere geradezu skandalöse Verhalten des Vorstandes der Gemeinde. Obwohl ein weiterer Monat ins Land gegangen ist, ist es nicht möglich gewesen, eine mündliche oder schriftliche Antwort über die Stellungnahme der Gemeinde zu erfahren. Man scheute sich nicht, auf mehrfache telephonische Anfragen geradezu kindische Ausreden zu gebrauchen. Anscheinend können die Arbeiter nach Ansicht der verantwortlichen Vorstandsmittelglieder warten, bis diese gerufen, das tariflich vereinbarte auch durchzuführen. Wenn hier nicht gründlich Remedur geschaffen wird, muß die Jüdische Gemeinde die Folgen dieses stöckreaktionären Verhaltens tragen.

Erfolgreicher Streik in den Walfischbetrieben.

Der Streik in den Walfischbetrieben, den Gastwirtsbetrieben „Zum Walfisch“, Köpenicker Straße 30 und 31, und Prinzenstraße 98, ist mit vollem Erfolg beendet. Die Forderungen der gastwirtschaftlichen Angestellten sind durch Verhandlungen der Organisationsleitung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Cafangestellten mit Herrn L. Kuischer am Sonnabend restlos bewilligt worden. Auch der Schlächtermeister Berg, Küchenpächter in den Walfischbetrieben, hat den für das Gastwirtsgerwerb geltenden Tarifvertrag in vollem Umfange anerkannt. Der Streik ist somit beigelegt. Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Streikbeschuß der Hamburger Hafenarbeiter. Gegen den Schiedsspruch.

Hamburg, 27. September. (WZV.) In einer heute abend erfolgten Urabstimmung der Hafenarbeiter, in der über den letzten Schiedsspruch Beschluß gefaßt wurde, ist der Streik mit Dreiviertelmehrheit beschlossen worden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

<p>Waltung, Dr. Paul Kopp, Kronheimer Straße! Am Dienstag nachmittags 4 1/2 Uhr bei Fritz, Kronheimer Str. 8, Fraktionsübung aller Parteigenossen. Wichtige Tagesordnung. Alle Genossen müssen erscheinen. Der Fraktionsvorstand.</p>	<p>Waltung, SPD-Fraktion! Am Mittwoch, 29. September, 8 Uhr, bei Stommel, Neue Friedrichstr. 1, höchst wichtige Fraktionsübung der SPD-Fraktion. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Jersch. 2. Fraktionsangelegenheiten. Unabdingbares Erscheinen ist Pflicht. Ohne Mitgliedsbuch der Partei kein Zutritt. Der Fraktionsvorstand.</p>
---	--

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, sagen die Gruppen: **Krausberger WZV:** Jugendheim Diehlmererstr. 5, Spiel- und Tanzabend. — **Krausberger WZV:** Jugendheim Illker Str. 4-5, 1. Tr. Markt-Zwischenabend. — **Schillerstr.:** Jugendheim Dörfstr. 22, Vortrag: „Rechnungen — Lohnpolitik“. — **Treptow:** Jugendheim Wilmersbrucher Str. 54, Besprechung: „Die rote Republik“ von Bell. — **Spandau:** Jugendheim Dübenerufer 1, Spiel- und Tanzabend.

Deutscher Bauernverband, Bauernvereinsamt Berlin, Podagraße der Köpfer. Heute nachmittags 5 Uhr findet bei Petz, Landberger Str. 31, eine Mitgliedserversammlung statt. Die Tagesordnung wird in der Verammlung bekanntgegeben. Unabdingbares Erscheinen erwartet die Ausschussleitung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geiger; Wirtschaft: Kurt Götze; Gewerkschaftsbewegung: E. Helmer; Revision: Dr. John Schilling; Verkehr und Genossen: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Glöck; Öffentlich in Berlin, Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Dübenerufer 2, Stern 2, Weisauer u. Unterhaltung und Wissen“.



Richtig gekocht schmecken alle Speisen gut. Beachten Sie deshalb bitte auch beim Zubereiten von MAGGI'S Suppen die jedem Würfel aufgedruckte Kochanweisung, die naturgemäß nicht für jede der vielen Sorten die gleiche sein kann; dann **schmecken MAGGI'S Suppen vorzüglich.**



„Altweiberfommet“ fogen wir, wenn feine Fäden in Wald und Feld ſchweben, wenn junge Spinnen auf ihren erſten Ausflügen vom Reſt ſich in die weite Welt wagen, auf Gras oder Hecken landen und munter über Blüten und Stengel hin- und herlaufen. Dann werden ihre ſeidenen Schiffslein vom Luſthauch in fliegende lange Fäden ausgezogen. Ihre große Feinheit macht dieſe Fäden nur ſichtbar, wenn ſie von der Sonne beſchienen werden.

„Weber und Wanderer.“

Es ſoll hier ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Spinnen in unſeren Häuſern und Gärten Glieder einer großen Familie ſind, in der man zwei Gruppen unterſcheidet, die Weber und die Wanderer, und daß ſie nach Größe und Form, Farbe und Lebensart die größte Mannigfaltigkeit aufweiſen. Von dieſen wollen wir nur die Weber hervorheben, welche verſchiedene Netze herzuſtellen und Reſter zu bauen. Wertwürdig iſt, wie ſie ihre Spinnkunſt den äußeren Umſtänden anzupaffen vermögen. Zeitweiſe kann man das Wort von den „garſtigen“ Spinnen hören und vielleicht hat mancher ſchon den Kinderreim geſprochen:

„Webe, Spinne, nicht bei mir!
Fort, du Langbein, fort von hier!“

Die Bauten der Spinnen ſind wahre Kunſtwerke. Das Werkzeug, deſſen ſie ſich bei der Herſtellung der Netze oder Reſter bedienen, iſt der Fuß und das Material hierzu, eine flüſſige Spinnſeide, wird in eigenen Drüſen, den ſogenannten Spinndrüſen, erzeugt und durch dazu beſtimmte Kanäle, die Spinnröhren, an die Luft befördert, worauf ſie zu feinen Fäden erhärten. Die Füße ſind mit ſtarken ſammartigen Klauen verſehen und mit einer äußerſt feinen Taſtempfindung begabt. Sie bilden nicht nur treffliche Spinnwerkzeuge, ſondern werden auch beim Fajſen der Beute benötigt und ſehr oft zur Säuberung gebraucht, denn die Spinne hält ihren Körper und ihr Haus ſehr ſauber.

Das Spinnen.

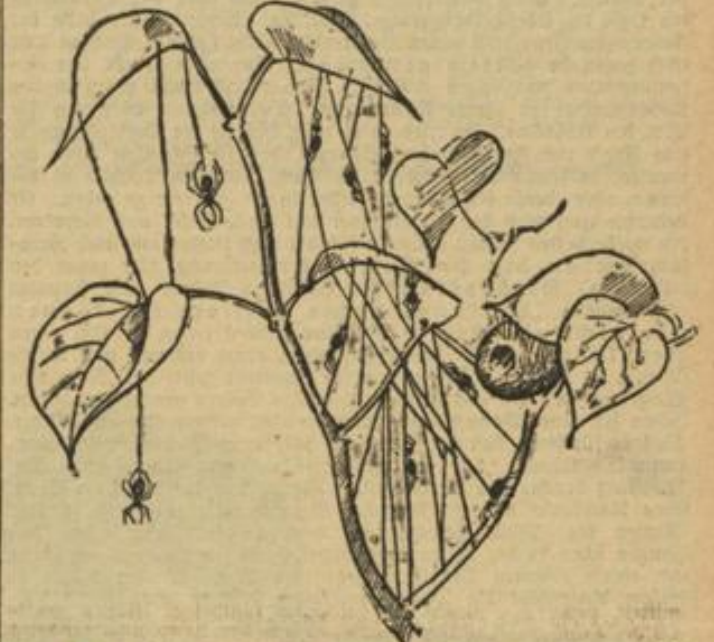
Beim Spinnen ſpielt der Fuß die wichtigſte Rolle. Stets leiſtet die Spinne ihre Fäden mit dem wunderbar empfindlichen, ſammartigen Inſtrument, in das der Fuß ausläuft. Mit ſeiner Hilfe zieht ſie die Fäden ein und macht ſie ſtraff. Die Klauſe der Radſpinne beſteht aus drei hornigen gezähnten Kammern. Einer davon, die Vor- und Afterklauſe, iſt beträchtlich kleiner als die anderen und hat drei Zähne, während die größeren Kammklauen 15 oder 16 haben. Außerdem haben viele Spinnen noch ein bis drei Paar Hülfklauen, eine Art von gezähnten Borſten, die ſie nach den Klauen zu bewegen können. Auf dieſe Weiſe erſehen ſie den Damm und befähigen die Spinne zum feſten Faſſen ihrer Fäden. Vermittels ihrer Klauen kann ſich die Spinne an ihren allerfeinſten Fäden aufhängen. Ebenſo erleichtern ſie ihr das Aufſteigen, wenn ihr Faden raſch ein-

gezogen und unter ihr wie ein locker Seidenball zuſammengerollt wird. Die Spinnröhren, aus denen die Seidenfäden hervorkommen, liegen dicht am äußerſten Ende des Hinterleibs. Sie ſind hier zu den ſogenannten Spinnwarzen vereinigt. Dieſem Spinnapparate verdankt die Spinne ihren Namen und Ruhm. Die Kreuzſpinne hat ſechs Spinnwarzen mit etwa 680 Röhren. Durch Muſkeln können die Warzen von der Spinne bei der Ausübung der Spinnfähigkeit willkürlich bewegt werden. Wir können drei Arten von Drüſen unterſcheiden, die je nach ihrer Beſtimmung verſchiedene Seiden liefern. Zuweiſen erzeugt ſie ein ſtreies luſtiges Gewebe, ein anderes liefert ſie zähere Tröpfchen zur Herſtellung des Netzes. Gilt es ober ein ins Netz geratenes Inſekt zu feſſeln, muß ſie dicke Fäden verwenden. In der Zeit der Fortpflanzung werden goldene Fäden erzeugt und zu Schuhbeden für die Eier gewoben. Für die Anlegung ihres Netzes wählt die Spinne ſolche Stellen aus, die zur Erlangung der zum Lebensunterhalt nötigen Beute am geeignetſten ſind, ſo z. B. die über ruhig fließender Gewäſſer, die Grenzmauern zwiſchen Feldern, die Weißborn-, Brombeer- und Kofenbeden und endlich das Waſſer ſelbſt. Zunächſt webt die Spinne einen Verſuchsfaden. Vom Luſthauch wird deſſen loſes Ende an einen Stamm oder Zweig gehakt. Dabei ſpielt ein kleiner Streifen ſchwebender Seide am Ende die Rolle eines winzigen Fallschirmes. Dieſer Faden bildet die Grundlage des Netzes. Den loſen Teil des Fadens zieht die Spinne mit den Vorderfüßen ein und ſpannt den Faden ſtraff an. Hierauf bringt ſie in verſchiedenen Richtungen Stützſäden an, damit der Faden dem Wind, Tau und Regen oder dem Anprall der Inſekten ſtandhalten kann. Nicht immer läßt die Spinne den Verſuchsfaden durch den Wind verankern. Zuweiſen kriecht ſie über Büſche, ſchleppt dabei ihre Fäden mit und verankert von Zeit zu Zeit die Grundlage des Netzes mittels ihrer Spinnmaſchine. Sind die Grundfäden gut und recht angelegt, ſo verbindet die Spinne die Umfaſſungsfäden durch einen diagonal geſpannten Faden, von deſſen Mittelpunkt ſie dann die neuen Fäden wie die Speichen eines Rades zieht. Von der Rade ihres vielſpeichigen Rades aus verſtreicht ſie nun ihr Gerüſt mit konzentriſchen Ringen, die im Mittelfeld das eigentliche Zentralnetz, die Warte, bilden. Zulezt ſetzt die Spinne, am äußerſten Umhang des Netzes beginnend, deſſen wichtigſten Teil, eine flebrige Spitze, ein, die die Beute feſtzuhalten ſoll. Beim Weben eines vollen Randnetzes leiht eine Spinne mehr als 1000 flebrige Fäden an die Radſpeichen. Dabei arbeitet ſie ſo geſchickt, daß das ganze Netz in einer Stunde fertig iſt.

Das gefährliche Netz.

Die gummiartige Waſſe haftet an den Füßeln und Beinen der Inſekten, die ſich in das Netz verirren und hält die Gefangenen feſt, bis die blutdürſtige Reſtellerin aus ihrem Verſted hervorkriecht und die Beute feſſelt. Giltig hält ſie die Gefangenen in ein ſeidenes Beihentuch und bringt das wehrloſe Opfer als ſichere Beute in ihr

„Speiſezimmer“. Rotten bilden für hungrige Spinnen eine ſehr annehmbare Mahlzeit und ihre Leberreſte, zerſtaute Flügel und Bergleichen, ſieht man oft außen am Netz hängen, während im Sommer zahlreiche Käfer, Schmetterlinge und Fliegen eine leichte Beute der Spinne werden. Zuweiſen, z. B. bei andauerndem Regenwetter, verſagen die Nahrungsquellen der Spinne. Dann ſieht die Weberin tage- ja wochenlang geduldig und gleichmäßig in ihrem Verſted und erwartet „ohne Klage“ den Anbruch beſſerer Tage. In Zeiten des Leberluſſes jedoch legen vorſichtige Spinnen etwas von dem Vorrat für künftige Zeiten zurüd. Das erbeutete Inſekt wird zu dieſem Zwecke mit ſchlodiger Seide umſchnürt und umſponnen, um für ſchlechte Zeiten bewahrt zu werden. Bei der Anlegung des Netzes laſſen ſich jene Spinnen, die in der Dunkelheit arbeiten, nicht vom Geſichts-, ſondern allein vom Taſſinn leiten. Dieſer iſt bei den Spinnen außerordentlich entwickelt. Hauptorgane des Taſſinnes ſind die fünfgliedrigen ſogenannten Kieſerläſter, die vergrößerten Beinen gleich an die Mundteile geſügt ſind. Sie entſprechen den Fühlern der Inſekten und dienen mit den Vorderfüßen zuſammen als Fühler. Die Läſter des Weibchens ſind mit einer Klauſe verſehen und unterſcheiden ſich weſentlich von jenen des Männchens, welche ein ſonderbar keulenförmiges Ausſehen haben. Mit den Kieſerläſtern dreht und wendet das Spinnenweibchen das Opfer, um es willenlos zu machen, ſaht es ferner die Eierſäcken oder Kofons an, die von einigen Spinnenarten wochenlang herumgetragen werden. Der Mund befindet ſich unmittelbar hinter den Kieſern und iſt nur zum Saugen eingerichtet. Die Augen der Spinne ſind ſogenannte Punktaugen, ähnlich den einfachen Augen auf einem Bienenkopfe. Ihre Anzahl beträgt bei einigen Arten zwei, bei anderen ſechs, bei den meiſten acht. Mit dieſen Augen vermag eine Spinne ausreißend zu beobachten. Spinnen, die im Höhlen leben, ſind zuweiſen augenlos. Als Werkzeug zum Löſen ihrer Opfer und als Waſſen zum Abwehren der Feinde dienen ihre gezähnten und giftigen Fänge, die Kieſerfüßer. Dieſe Werkzeuge ſind hart und hohl und haben umweit der Spitze eine kleine Öffnung, durch die das Gift austritt. Man kann öfter die Radſpinne bei der Arbeit des Inſektenfanges beobachten. Manchmal ſieht ſie in ihrem Radnetz und hält mit ihren Klauenfüßen die von der Mitte ausſtrahlenden Fäden ſtraff. So



vermag ſie vermittels ihrer feinfühligſten, mit Taſthaaren verſehenen Füße die geringſte Bewegung in jedem Teile ihres Netzes zu erkennen. Deſters hält ſie ſich auch in einem Schlupfwinkel (unter einem Blatt oder einem Rindenſtück) verborgen. Dann ſieht ſie mit dem Netz durch einen ſtraffen Faden in Verbindung, der ihr jede Bewegung des Netzes verrät. Blißſchnell ſtürzt ſie hervor, wenn es gilt, ein Inſekt als willkommenes Beute zu feſſeln.

Die Lebensentwicklung iſt bei den Spinnen anders als bei den Inſekten. Während zum Beiſpiel der vollkommene Schmetterling aus der Puppe hervorgeht, nachdem er einen längeren Zwifchenzuſtand als Larve durchlaufen hat, geht aus dem Spinnenei direkt

Der Weg des blinden Bruno.

9) Roman von Oskar Baum.

Dankbar, auf ſo unerwartete ſchmeichelhafte Weiſe von ſeiner gedrückten Einſamkeit erlöſt zu ſein, horchte Bruno voll freudiger Spannung, ja Begeiſterung auf, was Herr Alex ſagte. Den hatte ihm Gott geſandt! Das war vielleicht ein Erfolg für Anni. Jedenfalls mußte es ein ſehr lieber und kluger Menſch ſein, wenn er ſo gar nicht hochmütig war. Alex erkundigte ſich nach Melli. Ja, Melli hatte auch öfters von ihm geſprochen, erinnerte ſich Bruno. „Ihr hattet zuſammen franzöſiſche Privatſtunde, nicht wahr?“ Bruno wußte nicht recht, was er reden ſollte, und ſo fragte er darauf los, um zu zeigen, daß er trotz ſeiner Jugend ganz wohl wiſſe, wie man eine Unterhaltung führe. „Warum lernt ihr denn nicht mehr zuſammen?“ „Das iſt ſo eine Geſchichte.“ Alex lachte ein wenig verlegen, wie Bruno vorkam, aber doch immerhin ſelbſtgeſällig, „hat Melli nie zu Hauſe über mich Uebles geredet?“ „Uebles? — Sie hat einmal ſehr mit Lorenz geſtritten, weil er nicht zugeben wollte, daß du Primus in der Schule ſieſt.“ „Bin ich auch nicht,“ meinte Alex triumphierend und lachte dabei in einer ſonderbaren, beinahe ſchadenfrohen Art durch die Naſe, „das bliet ich ihr nur ſo ein.“ „Und daß niemand ſo gut franzöſiſch ſpricht in eurem Kurſus und niemand ein ſo elegantes Auftreten, ſo ein hübsches Benehmen hat.“ „Das ſagte ſie?“ „Ja, wie ein Gentleman, ſagte ſie. Ich erinnere mich an das Wort.“ „Wirklich?“ Alex drückte Bruno die Schultern herunter, ſo hing er ſich im Uebermut an ihn, und Bruno hatte großes Vergnügen von dem unerhofften Eindruck ſeines Berichtes. „Lorenz ſieh aber gar nichts gelten.“ fuhr er eifrig fort. „Melli berief ſich darauf, daß du für jedes „Sehr gut“ eine Mark bekämeſt, und anders könnte es auch gar nicht ſein. Woher hättest du ſonſt ſo viel Geld? Du verſchwendet immer die feiſten Bonbons, jeder käme zu dir, ſich Geld ausleihen und einmal hätte ſie ſelbſt zugeſehen, wie du ein Zehnmarkſtück bei einem Kaſtanienbaum auf der Straße wechſelſteſt. Aber das Schlimmſte war — ja, jetzt fällt's mir ein —

Bruno ſtockte. Er hatte damals dem Wortwechſel der Geſchwifter kaum zugehört und wunderte ſich, wie es in ſeinem Gedächtnis haften geblieben war. Es ſtieg aus einer unbekannt duntelen Tiefe heraus und ſtrömte ihm ſo ſicher und fließend zu, als ſtünde jemand hinter ihm und flüſterte es ihm ein. Die Aufmerkſamkeit des Zuhörers, das Inereſſe, das ſo darauf wartete, laſte es aus ihm hervor. „Als du nicht mehr in die franzöſiſche Stunde kamſt, da behauptete Lorenz . . . warſt du vielleicht mit ihm verſeindet?“ Alex lachte: „Nein, nur ſo! Wir konnten uns nicht leiden. Er iſt ja übrigens viel älter als ich. Er kommt doch ſchon auf die Univerſität. Aber was erzählte er denn? Du kannſt es mir ruhig anvertrauen. Ich werde ihn deſwegen nicht anrempeln.“ „Nein,“ lachte Bruno errötend, „ich kann es wirklich nicht.“ „Daß ich mir das Honorar für die Stunden behielt, was? Statt es dem Lehrer abzuliefern?“ „Woher weißt du . . .“ Bruno ſchrak zuſammen. Wie das der mutige Junge ſo laut und kräftig herausſagte! „Das haben damals alle geſagt, die unerkämten Lumpenkerle, die mich beneideten. Hat es Melli geglaubt?“ „Ach wol! Sie hat wegen dieſer Sache vielleicht acht Tage nicht mit Lorenz geſprochen!“ Alex ſahte ihn unter beide Arme und hob ihn hoch: „Mordsjunge, der du biſt! So ein kleiner Kerl und kann einen ſchon ſo anſchwähen, daß man es für wahr hält! Schwöre, daß kein Wort gelogen iſt.“ „Anſchwähen?“ dachte Bruno verwirrt und erſchrocken, „was denkt er denn auf einmal?“ Alex hob ihn langſam immer höher, hielt ihn zulezt mit ausgeſtreckten Armen hoch über ſeinen Kopf. „Ich ſchwör's, ich ſchwör's!“ Lachend ſetzte ihn der ſtarke Burſch wieder auf den Boden, aber Bruno war erbittert über eine ſolche Tyrannie und wußte wirklich nicht ganz ſicher, ob alles haargenau ſtimmte, was er, ohne daran zu denken, daß es ſo wichtig genommen würde, nur weil es Alex ja Freude zu machen ſchien, möglichſt ausgeſchmückt und gedehnt erzählt hatte. Er ſtellte ſich, auf dem Boden angelangt, einen Schritt von Alex weg, ſenkte den Kopf, wie immer, wenn er einen Angriff des älteſten Hausbeſorgerjohnes daheim im Hof zu gewärtigen hatte, und ſagte mit zuſammengebiffenen Zähnen: „Nichts iſt wahr, gar nichts! Und Lorenz hatte ganz gewiß recht, und wenn du glaubſt, daß ich mich vor dir fürchte, ſo irrſt du dich ſehr!“ Und er roud, die Beinen geballten Fäuſte

vor der Bruſt, die Füße geſpreizt und feſt an den Steinrand eines Beetes nach rückwärts geſtemmt. „Luſt mir nur leid!“ ſagte Alex ſpöttiſch nach einer ſpannenden kleinen Pauſe, „ſonſt würde ich dich zwiſchen Daumen und Zeigefinger zerreiben wie einen Floh, du winziges Zornpinkel du! Jetzt geſteht du mir aber gleich genau, was an alledem gelogen war, ſonſt —; ich werde mir ohnehin zwei oder drei Tage überlegen, wie ich dich ſtrafen ſoll. Frage nur oben deine Kameraden, wie man mir zu gehorchen hat! Ich bin der Alex, verſtanden? — Jedenfalls gehe ich keinen Schritt weiter mit dir, denn mit einem Lügner, das ſieheſt du doch ein!“ — „Ich geh' nicht mit dir!“ Bruno lachte und bemühte ſich, ihm in der Beringschätzung des Lorenz nicht nachzuſtehen. Alex bliet ein kurzes ſtummes Lachen äußerſter Beachtung durch die Naſe und ging. Hartnäckig blieb Bruno ſtehen und wartete, bis ſeine letzten Schritte verſungen waren. Der Kerl ſollte nicht merken, wie ſchwer es Bruno wurde, ſich allein wieder ins Haus zurückzufinden. Er war ſelten erſt und immer in großer lärmender Geſellſchaft der Altersgenoſſen im Garten geweſen, hatte auch heute, ins Geſpräch vertieft, nicht einmal auf die Richtung geachtet, in der ſie ſich vom Hauſe entfernt hatten. Die Hände vorauszuſtrecken, war ihm ſchon vom Vater als ſehr häßlich abgewöhnt worden, und es hätte ihm ja auch wenig genügt. Auf's Geratewohl ließ er den Fuß am Wegrand entlang gleiten, geriet in Strauchwerk; Zweige ſchlugen ihm ins Geſicht; ſeine Wangen ſtrichen an Radeln und ſcharfen Blättern vorbei. Ja, wenn er nur wußte, wo er da hinkam! — Vielleicht entfernte er ſich noch mehr vom Hauſe; vielleicht ging er immerfort um das Haus herum. Es war ja ſicher, daß kein Weg und auch die Gartenmauer nicht bis an die Wand des Hauſes reichte und auf welche andere Weiſe könnte er ſich dann hintaſten? Fernher von der Anſtalt hörte er läuten. Das Mittag-eſſen! — Wenn er da nicht zur Zeit oben war! — — Geſtern iſt Jakob ſo gezannt worden, weil er erſt mitten im Tiſchgebet kam, und er kam nun überhaupt nicht. Man würde ihn wohl ſuchen. Was ſollte er nur ſagen, wenn man ihn antief? „Wo biſt du hingekommen, Tollpatſch?“ Alex ſelbſt war es, der ihn holte. Verächtlich, mit zwei Fingern nur, als ſei er klein, ſahte ihn Alex beim Rodärmel und zog ihn hinter ſich her. Bruno überrieſelte es heiß vor Zorn und Scham, als er dabei ſagte: „Verhungern will ich dich ja doch nicht laſſen, klägliches Geſchöpf!“ Und Bruno riß ſich los. „Bitte!“ Alex lachte und ging raſcher. (Fortſetzung folgt.)

die fertige, wenn auch kleine Spinne hervor. Das Spinnennetz liegt mit vielen feinesglichen eingebettet in einem von der Spinnenmutter kunstvoll hergestellten Gewebe, dem sogenannten Koton. Die junge Spinne erhält fröhlich erst nach mehrmonatlicher Hütung, die etwa neun- oder zehnmal stattfindet, die Geschlechtsreife und die Fähigkeit des Webens.

Waternord oder Muttererlöfung.

Ein menschliches Urteil.

Es gibt Gerichtsverhandlungen, die den Zuhörer bis in das Innerste erschauern. Immer wieder sucht man vergeblich die Gefühlsaufwallungen niederzuringen. Voll Grauen sieht man, wie entsetzlich Menschliches sein kann. Die Tat des Angeklagten war kein Verbrechen, sie bedeutete Erlösung.

Werner L. war ein zarter Junge, geistig vielleicht nicht sonderlich entwickelt; er hing mit abdtischer Liebe an der Mutter und los ihr jeden Wunsch von den Augen ab. Seine Arbeitsleistung für's Haus war ihm zu schwer. Auf der Familie lastete wie ein Verhängnis der Vater. Werner konnte es nicht begreifen, warum dieser stets die Mutter auf die höflichste Weise beschimpfte. Eine Szene aber prägte sich ihm besonders tief ins Gedächtnis. Er war damals erst 9 Jahre alt, die Mutter machte dem Vater Vorwürfe, daß er sich mit anderen Frauen herumtreibe. Seine Bermanen kamen und redeten auf die Mutter ein, daß sie doch den Vater gedulden lassen möge. Auch konnte Werner es nicht verstehen, warum der Vater ihn, der so folgsam war, so entsetzlich züchtete — ihn und seine kleine Schwester. Werner arbeitete fleißig bei einem Installateur, vervollkommnete sein Wissen durch Lesen von Büchern und brachte es kaum achtzehnjährig zum Monteur. Der Vater aber, der Schlosser war, hatte schon seit langem seine Stellung aufgegeben. Er versuchte ohne Erfolg selbständig zu arbeiten. Wie gab er der Mutter Kostgeld. Seit dem ersten Tode der Ehe war die Frau aus eigenen Verdiensten angewiesen. Vor zwei Jahren fielen dem damals noch nicht sechzehnjährigen Werner Briefe in die Hände, die von der Untreue des Vaters der Mutter gegenüber Zeugnis ablegten. Er sah ihn auch in Gesellschaft von Dirnen, hörte ihn sich seines Verkehrs mit ihnen rühmen, wurde immer wieder Zeuge der unsäglichsten Beschimpfungen der Mutter. Ganz unerträglich gestaltete sich aber das Verhältnis, als diese die Ehescheidungsklage einreichte. Schon früher hatte der Vater seine Frau und seinen Sohn nicht allein bedroht, sondern war auch gegen sie tötlich geworden. Nun aber wurde das Zusammenleben ganz zur Hölle. Mutter und Sohn zogen in das Nebenzimmer zu ihrem Untermieter. Das feigste aber war die Witwe des Unholdes. Er trieb es so weit, daß sie die Verbindungstür aus Angst vor ihm besonders sicherten, daß sie sich nicht mehr getrauten, in seiner Anwesenheit die Küche oder die Toilette zu betreten, oder ebenso durch den Korridor in ihr Zimmer zu gehen. Er bedrohte nun auch den Untermieter mit Beil, Dolch und Revolver. Zu wiederholten Malen wändelten sich die Bedrängten wie auch Hausbewohner an die Polizei, in der Hoffnung, hier gegen den anscheinend Geisteskranken Schutz zu finden. Die Antwort aber lautete: „So lange nichts passiert ist, können wir nicht einschreiten.“ Nur einmal nahm sie ihm einen Revolver weg. Er kaufte sich jedoch einen anderen und drohte ständig, zu schießen. Diesen zweiten Revolver sollte der Sohn eine Woche vor der Tat aus dem Zimmer des Vaters genommen haben. Schon seit sechs Wochen schloß Werner nicht anders, als angefaßt. Weil er fürchtete, daß der Vater die schlafende Mutter nachts überfallen könnte, tat er größtenteils kein Auge zu. Der 12. März brachte das Verhängnis. Die Mutter lag krank im Bett. Eine Nachbarin war zu Besuch. Werner hatte eben erst für die Mutter die Milch gekocht, da begann der Vater, der den Jungen schon in der Küche angerempelt hatte, zu reden; er schlug mit einem eisernen Drahtstiel gegen die Tür. Werner wollte in diesem Augenblick die Toilette aufsuchen. Aber schon stand der Vater ihm gegenüber, mit dem eisernen Stiel in der Hand. Werner fühlte sich bedroht. Er zog den Revolver: „Schließ nur, schließ!“ höhnte es ihm entgegen. Der Schuß ging los, ein zweiter folgte auf den Liegenden. Der erste war tödlich. Werner aber stürzte zur Mutter: „Jetzt wirst du Ruhe haben.“ „Mein Sohn, was hast du getan?“ „Weine nicht, Mutter, ich komme zurück.“

Werner L. holte sich gestern vor dem Landgericht I zu verantworten. Er wurde aus der Haft vorgeführt. Der Staatsanwalt plädierte auf Totschlag und forderte die Mindeststrafe — 10 Jahre Zuchthaus. Der Verteidiger Dr. Thoma machte für den Angeklagten Notwehr geltend und plädierte auf Freispruch. Das Gericht erkannte auf Notwehr und sprach Werner L. frei. Durch den Zuhörerraum ging ein Seufzer der Erlösung. Ein menschliches Urteil!

Vergebliche Suche nach den Juwelenträubern.

Die Suche nach den Juwelenträubern aus der Tauentzienstraße, die von einem Heer von Beamten durchgeführt wird, hat auch bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt. Es sind noch eine Reihe von Zeugen vernommen worden, und es werden auch mehrere Spuren verfolgt. Eine besonders ausgeprägte aber bis bisher noch nicht gefunden. Leider sind die vom Erkenntnisdienst auf der Schaulusterscheibe und anderen Gegenständen festgehaltenen Fingerabdrücke durch den Niederschlag der explodierenden Feuerwerkskörper und die starke Rauchentwicklung so sehr beeinträchtigt, daß ihre Verwertbarkeit herabgesetzt ist. Unter zahlreichen anderen Siftierungen erfuhr auch ein Pfarrer aus Polen heute die Unannehmlichkeit, festgenommen zu werden. Der geistliche Herr, der der deutschen Sprache nicht mächtig ist, war mit einer Berlinischen nach Berlin gekommen und bot sie einem Juwelier zum Kauf an. Der Geschäftsmann, dem der Handel im Hinblick auf die Ereignisse des vergangenen Sonnabends verdächtig vorkam, ließ den Verkäufer festnehmen. Auf dem Polizeipräsidium stellte sich jedoch bald die völlige Unschuld des Pfarrers heraus, und mit Entschuldigungen wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Versuchter Mordmord.

Der 38 Jahre alte Korbmacher August Bauer, der mit seiner Familie in der Jasmunder Straße 13 wohnt, versuchte am Sonnabend, seine Frau und seinen 6 Jahre alten Sohn Hans mit Salzsäure zu vergiften. Der Mann, der der Einwirkung des Alkohols sehr leicht zugänglich ist, mißhandelte, wenn er betrunken war, wiederholt seine Frau und zertrümmerte Einrichtungsstücke. Am Sonnabend abend kam er wieder betrunken nach Hause und hing Streik an. Die Frau, die durch Nahrungsmittel zum Lebensunterhalt beitrug, war mit ihrer Arbeit noch in der Küche beschäftigt. Als der Mann zu toben begann, ging sie zum 53. Polizeirevier und bat um Schutz. Inzwischen hatte Bauer in das auf dem Herd stehende Gericht aus grünen Bohnen und Hammelfleisch, das zum Abendessen für die Familie bestimmt war, eine halbe Flasche Salzsäure gegeben. Bald nach der Rückkehr der Frau verlangte der kleine Hans zu essen. Die Mutter, der der sonderbar beherrschende Geschmack der Speise auffiel, vermutete gleich, daß der Mann Böses gegen sie und das Kind plane und ließ das Essen stehen. Sie bog sich wiederum zur Polizei und erstattete Anzeige wegen versuchten Mordmordes. Bauer wurde festgenommen. Er gibt zu, die gefährliche Flüssigkeit in das Essen gemischt zu haben, behauptet aber, daß es in der Trunkenheit geschehen sei und daß er sich der Verantwortung nicht bewußt gewesen sei. Er wurde der Kriminalpolizei zugeführt und in Haft behalten.

Arbeitslos — Verzweifelt. Eine schreckliche Ueberrolung erwartete gestern abend eine Frau Sänger in der Kleinenstraße 14 zu Neudöblich bei ihrer Rückkehr. Sie fand ihren 69 Jahre alten Mann tot an der Türklinke hängen. Der alte Mann war seit Ostern vorigen Jahres arbeitslos und hatte in der Verzweiflung seinem Leben ein Ende gemacht.

Brennende Kraftwagen.

Die gefährliche Zigarette.

Ein schwerer Autozusammenstoß, wie er in seinen Folgen glücklicherweise nur vereinzelt dasteht, ereignete sich gestern abend gegen 7 Uhr in der Tiergartenstraße.

Vor dem Hause Tiergartenstraße 32 fuhr eine Kraftdroschke mit voller Wucht auf einen Privatkraftwagen. Durch den Zusammenprall wurde der Benzintank zertrümmert und die leichtbrennbare Flüssigkeit ergoß sich auf die Straße. Einige Reugierige hatten sich eingefunden, als plötzlich eine Flamme hervorbrach; das auf der Straße rinnende Benzin war in Brand geraten. Ein bisher noch unbekannt gebliebener Zuschauer hatte gedankenlos eine brennende Zigarette fortgeworfen. Das Feuer sprang auf die beiden Kraftwagen über, die im Ruhterstand brannten. Ein dritter Kraftwagen, der durch den Zusammenstoß zum Halten gezwungen war, fing gleichfalls Feuer. Es gelang aber dem Kraftwagenführer, den Brand rechtzeitig zu ersticken. Nach kurzer Zeit erschien die herbeigerufene Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Fister. Nach längerem Wasserwerfen aus einer Schlauchleitung und unter Zuhilfenahme von Schaumlöschapparaten gelang es, die brennenden Wagen abzulöschen. Zwischenräume waren noch einige kleinere Benzinexplosionen erfolgt. Glücklicherweise kamen keine Menschen zu Schaden. Durch den großen Feuerchein, der weit hinaus in das abendliche Dunkel der Tiergartenstraße leuchtete, hatten sich zahlreiche Schaulustige eingefunden, die die Schuldfrage eifrig diskutierten.

Der Fassadenkletterer.

Die Juwelenausstellung am Kaiserdamm.

Der 26 Jahre alte Bäckergehilfe Fritz Wald ist einer der interessantesten Einbrecher. Er ist Fassadenkletterer von Beruf, intelligent, ein scharfer Denker, verschlagen, mutig und geistesgegenwärtig. Er hat durch seine geradezu verblüffende mehrjährige Arbeit zur Bereicherung der Polizei-Ausstellung beigetragen. Vor allem sind Juwelen zu sehen, die die Kriminalpolizei in mühevoller Arbeit ermittelte und seinen Helfern wieder abnahm. Jetzt sollen mit Hilfe der Ausstellung ihre Eigentümer gesucht werden.

In den letzten Jahren wurden in Berlin, Dresden und Hamburg bei reichen Bürgern Wohnungseinbrüche verübt, die man sich lange nicht erklären konnte. Es war rätselhaft, wie der Dieb in die Räume hatte hineinkommen können. Die schien es nicht anders möglich gewesen zu sein, als daß Hausangestellte ihre Hand im Spiele gehabt hätten. Mehr als einen großen Einbruch hielt man zunächst auch für fingiert. Da wurde Ende Oktober v. J. in einem Villenviertel von München ein junger Mann auf freier Tat ertappt, der in Grad, Zylinder, Ledschuhe und Abendcape zur Nachtzeit einem Kommerzienrat einen „Besuch“ machte. Nach einer Schieberlei ergab er sich in sein Geschick. Zehn Minuten vorher hatte er bereits eine andere Villa heimlich betreten. Dieser junge Mann im Gesellschaftsanzug entpuppte sich als der damals 25 Jahre alte Bäckergehilfe Fritz Wald, der aus Jekuh im Kreise Dessau stammt. Bei ihm fand man eine Liste mit Namen aus den ersten Gesellschaftskreisen in München und anderen deutschen Großstädten. Er gab zu, daß er auch den Trägern dieser Namen noch seinen unerbetenen Besuch zugebracht hatte. Man zweifelte nicht, daß man es hier mit einem „Prominenten“ der Verbrechenswelt zu tun hatte, und seine Zukunftsabsichten legten es nahe, daß er in der Vergangenheit auch schon bei Angehörigen der gleichen Gesellschaftskreise gearbeitet habe. So kam man auch auf die rätselhaften Einbrüche in Dresden, Hamburg und Berlin. Während der Ermittlungen in München, die der dortige Kriminaloberinspektor Thumann leitete, schrieb der Verhaftete an den Berliner Kriminalkommissar Treutin, daß von hier ein Beamter nach München entsandt werden möge, weil er auch über einige Berliner Vorkommnisse Auskunft geben wolle. So wurde von der hiesigen Kriminalpolizei Kommissar Treutin, von Dresden Kommissar Hafferkorn und von Hamburg Kriminaloberinspektor Rehmann nach München entsandt. Die Annahme, von der man ausgegangen war, bestätigte sich durch die Ermittlungen eines ganzen Jahres in immer größerem Umfange. Die drei großen Einbrüche in Dresden wurden zunächst aufgeklärt und von Wald eingeräumt. Durch das enge Zusammenwirken der Kriminalbehörden der genannten Städte gelang es dann nach und nach auch das ganze Treiben Walds aufzudecken. Jetzt fand man die Erklärung für die rätselhaften Einbrüche. Das Ermittlungsverfahren wurde in Berlin konzentriert. Fast ein ganzes Jahr lang hatte die Berliner Kriminalpolizei in Zusammenarbeit mit den anderen Behörden zu tun, um alle Spuren zu verfolgen und endlich auch an die Hehlerneuer heranzukommen. Aus der großen Menge der Einbrüche sei folgender sehr interessante Fall erwähnt, der die Geistesgegenwart des Fassadenkletterers kennzeichnet. In der Nacht zum 23. November 1924 brach er in eine große Villa in der Tiergartenstraße an der Ecke der Friedrich-Wilhelm-Straße ein. Hier waren zur Nachtzeit Altpfalterbeiter beim Strohhäuten beschäftigt, aber seine Geistesgegenwart und seine Kühnheit halfen ihm doch noch aus der Klemme. Hier erwachte ein Kaufmann, der im 1. Stock schlief, durch das Klappen einer Zimmertür. Er dachte gleich an einen Fassadenkletterer, da ein Fenster aufgestanden hatte. Wald aber hatte ihn bereits eingeschlossen und war nach dem Salon an der Tiergartenstraße gegangen. Der Eingesperrte machte sich einem Fräulein, das in einem der Nebenräume schlief, bemerkbar. Dieses befreite ihn, und er nahm nun die Verfolgung des Einbrechers auf. Als Wald merkte, daß nicht nur die Hausbewohner, sondern auch die Altpfalterbeiter alarmiert wurden, verfuhr er durch den Hinterausgang zu entkommen, fand diesen aber verschlossen. Jetzt erbrach er die Tür zum Kohlenkeller, kletterte nach einem vergessenen Verlock, die Hintertür mit einer Kohlenhaue auf zu öffnen, vom Keller aus den Lichtschacht hinauf, ließ wieder in ein Schlafzimmer des 1. Stockes ein, schloß dieses ab, ging zum Fenster wieder hinaus und entkam, nachdem er die Verfolger, darunter die Arbeiter mit ihren Hämmern und Stampfern in den Keller gestoßt und eingeschlossen hatte. In der Nacht zum 28. August 1925 kletterte er in der Rauchstraße einen Baum hinauf, schlang sich von diesem auf den Balkon der Villa eines Fabrikbesizers, der verweist war, drang durch die Balkontür ein, suchte in der Küche vergeblich nach einem geeigneten Werkzeug, um einen Wandhaken zu erbrechen und mußte sich so mit einigen Brillanten im Werte von mehreren tausend Mark, die er unversehens fand, begnügen. Welche Einbrüche noch weiter durch die Juwelenausstellung am Kaiserdamm aufgeklärt werden mögen, bleibt abzuwarten.

Ein Schießstand für Hakenkreuzler.

Ueber merkwürdige Schießereien in Tegeler Forst berichtet uns ein Leser unseres Blattes. Am gestrigen Vormittag fuhr der Benannte, der arbeitslos ist, mit seinem Rade durch den Tegeler Forst, um nach Pflügen Umshou zu halten. In der Nähe des früheren Munitionslagers hörte er Schüsse fallen und gleichzeitig piffen ihm auch Kugeln um den Kopf. Bald darauf wurde er von Schupo-Beamten festgehalten und als angeblicher Schütze verhaftet. Auf einem freien Platz, wohin man ihn brachte, fand er drei junge Wurfen vor, die ebenfalls von der Polizei festgenommen worden waren. Unter Bewährung konnte sich ausweisen und glaubhaft machen, daß er als Schütze nicht in Frage komme. Angekündigt der anderen festgenommenen erinnerte er sich aber auch gleichzeitig, daß er ihnen etwa zwei Stunden vorher im Forst begegnet war. Er erkannte sie an der ununiformmäßigen Kleidung wieder und besonders daran, daß einer der Wurfen eine Armbinde mit einem Hakenkreuz trug und daß sie sich in Besitze einer photographischen Kamera befanden. Es handelte sich also offenbar um Angehörige einer rechtsradikalen Organisation, die den Forst als Schießplatz benutzt hatten. Diese Vermutung wurde denn auch dadurch bestätigt, daß die Beamten etwas abseits drei Weibern fanden, die mit Armee-Revolvern und Futteralen dazu ausgestattet waren. Unser Gewährsmann konnte

der Polizei noch mitteilen, daß er bei der ersten Begegnung diese Ausrüstungsgegenstände bei den Hakenkreuzlern beobachtet hatte. Die Hakenkreuzler wurden in Haft gehalten, den Radler ließ man, nachdem man sich entschuldigt hatte, wieder laufen.

Mit Recht fragt unser Gewährsmann, ob nicht von der Polizei Vorkehrungen getroffen werden können, daß rechtsradikale Jugendliche überhaupt nicht in den Besitz von Waffen kommen und diese gefährlichen Werkzeuge in unverantwortlicher Weise gebrauchen können. Hoffentlich sieht sich die Polizei die Deutschen etwas genauer an.

Eine Kindesmörderin.

Milde Richter.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III hatte sich die unerbittliche Anna Latus aus Spandau wegen Kindesmordes zu verantworten. Die Angeklagte verdiente sich ihren Lebensunterhalt als Aufwäscherin in einer Gastwirtschaft. Trotz ihrer Unannehmlichkeit hat sie eine Reihe von Liebesaffären gehabt. Das erste Kind erreichte ein Alter von drei Jahren. So lange wurde es bei den Eltern der Angeklagten erzogen. Kaum war es bei der Mutter, als das Kind angeblich durch einen Unfall ums Leben kam. Ein zweites Neugeborenes verstarb gleich nach der Geburt. Schon damals entstand der Verdacht des Kindesmordes. Das Verfahren mußte aber wegen Mangel an Beweisen eingestellt werden. Im Februar d. J. wurde hinter einem Baum die Leiche eines Neugeborenen, in eine Schürze gewickelt und in einen Karton gesteckt, aufgefunden. Die Polizei ermittelte die Angeklagte als die Mutter des Kindes. Trotzdem die ganze Stunde voller Blutspriher war, leugnete die Angeklagte. Gewalt angewendet zu haben. Sie behauptete, daß das Kind auf dem Wege zur Aufwartungsstelle ihr aus den Armen gerutscht und ums Leben gekommen sei. Deshalb hätte sie die Leiche beiseitegeschafft. Nach der Annahme des ärztlichen Sachverständigen muß die Angeklagte das Kind gleich nach der Geburt an den Weinen gepackt und mit dem Kopf gegen die Kochmaschine geschlagen haben. Schließlich ließ sich die Angeklagte zu einem teilweisen Geständnis bewegen und gab zu, ihr Kind vorsätzlich getötet zu haben. Sie behauptete aber, daß es nicht in der Wohnung, sondern auf dem Wege zur Arbeitsstelle geschehen sei. Mit einem von der Straße aufgehobenen Knüttel hätte sie dem Neugeborenen einen Schlag auf den Schädel gegeben. Der Verteidiger hat die soziale Notlage der Angeklagten und ihre geistige Beschränktheit im Urteil als Milderungsgründe zu berücksichtigen. Das Schwurgericht folgte auch darin dem Verteidiger und gab der Angeklagten mildernde Umstände, glaubte aber, in Anbetracht der Begleitumstände über die Mindeststrafe hinausgehen zu müssen. Die Angeklagte wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und im Gerichtsgefängnis in Haft genommen.

Jugendweih der „Freien Schulgemeinde“.

Die Jugendweih für die Schulklassen der 240. und 254. weltlichen Schule in der Waldenser- und Bremer Straße fand am Sonntag im Ufa-Palast, Turmstraße, statt. Der Ufa-Palast ist für diese Feier wie geschaffen. Gedämpftes Licht und Scheinwerfer in allen Ecken, Innendekoration und Orgel trafen eine der Stunde entsprechende Feierstimmung, die leider durch Unruhe der Verammelten etwas beeinträchtigt wurde. Ein gutes Konzertprogramm, Prolog und Kinderchor umrahmten die Feier. Die Kinder sangen „Die Sonn' erwacht“ von Weber. Das Ufa-Orchester spielte die Ouvertüre zu „Die Geschöpfe des Prometheus“ von Beethoven. Rektor Trinkaus hielt die Weihede. Er wies die Jugend auf das weltgeschichtliche Ereignis dieser Lage hin: den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund. Die Völker haben gelernt zu denken, und die Jugend solle auch denken, dann werden die Zeiten des Krieges nicht wiederkehren. Was man als richtig erkannt hat, dafür soll man auch eintreten. Wir leben in einer schweren Zeit und brauchen willensstarke Menschen. Seit jeher war getragen von der Erwahnung an die Kinder, in schweren Zeiten nicht zu verzagen, sondern für eine bessere Zukunft zu sorgen. Orgelspiel beendete die erste Weihstunde.

Handarbeits-Ausstellung.

In unserem Zeitalter der Mechanik und Maschinen, der weitergebräuteten, sport- und energiebesessenen Frauen, die den Männern auf den verschiedensten Gebieten den Rang streitig zu machen suchen, fühlte man sich plötzlich in eine andere Welt versetzt. Frauen, mit garten Fingern emsig über den Stickrahmen gebüdet und mühsam einen Faden an den anderen reichend. Unter ihren fleißigen Händen entstanden wahre Wunderwerke. Das Warenhaus Treib führt in seinen Ausstellungsräumen gelegentlich einer Handarbeits-Ausstellung unter Verwendung neuer Materialien ganz eigenartige, neue Muster vor. Kissen aus Gold- oder Silberbrokat mit Metallfäden und bunter Seide bestickt, wirken direkt fremdartig reizvoll. Auch die Flachstickerei bietet viel Neues. Man hat durch Rüstung und Farbzusammenstellung eine regelrechte Imitation der Kelmarbeit in leichter, zarterer Ausführung zustande gebracht. Neben den schönen, kostbaren Filzarbeiten für Wäschegegenstände, arbeiten man jetzt auch Ballfäden für Kissen, Decken usw. Die sogenannten „Münchener Neheiten“ sind Kissen in ganz eigenartig wirkenden Farb- und Materialkombinationen. Japanische Seidenmalerei auf Garten, spinnwebdünnen Seiden, Stickerei auf schweren, leuchtenden Stoffen, zu Kissen, Almonas verarbeitet, Bestarbeiten, handgemachte Gobelins, kurz eine unendliche Fülle der prächtigsten und verschiedenartigsten Modelle weiblicher Handarbeitskunst sind hier in geschmackvoller Weise zur Schau gestellt. Die Mitte des Ausstellungsraumes schmückt ein blühender Goldregenbaum, an dessen Stamm sich einige Schlingeln hinaufwinden; unten tummeln sich in fröhlicher Gemeinschaft — unter zarter Baumbüte — Pelik und Krotzill und bei näherem Hinschauen entpuppt sich die ganze Szenerie ebenfalls als kunstvolle Handarbeit. Der Besuch ist ein sehr reger und beim Hinausgehen lächerte eine Angestellte, der man Bewunderung über die Reichhaltigkeit der Ausstellung gollt, leise: Ja, wir müssen viel bieten, die Damen machen jetzt wieder selbst ihre Handarbeiten. Wer hätte das wohl gedacht?

Deutsche Spitzen und Stickereien. Als Ausrüst der Werbe-wohlfürdeutsche Spitzen und Stickereien sind gestern eine Besichtigung-Rundfahrt der dekorierten Schaukasten statt. Wie bereits mitgeteilt, haben sich die Kaufhäuser und Spezialgeschäfte bereitwillig, innerhalb der Zeit vom 27. September bis 3. Oktober zur Unterstützung der Spitzenindustrie in diesem Sinne mitzuwirken und dem Publikum Anregung zu neuen Ideen für den Weißwerb, der im Rahmen der Werbeweche stattfindet, zu bieten. Gerade diese hochwertige und alte deutsche Industrie kämpft gegen überstarke, durch Volkstumel begünstigte Auslandskonkurrenz einen verzweifeltsten Kampf und Tausende von Schaffenden dieser Fabrikation sind arbeitslos. Die heutige Mode hat der Spitze wieder nach langer Zeit das Wort erteilt und wir sehen in den Schaukasten schöne Modelle in geädert und naturfarbener Spitze in den verschiedenartigsten neuen Musterungen.

Ein Opfer des „Anhängens“. Die tolle Unfälle von Kindern, sich an ein Gefährt anzuhängen, hatte gestern nachmittags in Zehlendorf vor dem Hause Potsdamer Straße 1 einen tödlichen Straßenunfall zur Folge. Die vierjährige Irma Gard A. aus der Spandauer Str. 90 hängte sich in jugendlichem Uebermut an einen Möbelwagen. Das Kind sprang plötzlich ab und ließ blinzelnd in eine aus entgegengekehrter Richtung kommende Kraftdroschke hinein. Die Räder gingen über die kleine A. hinweg, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Von einer Kraftdroschke wurde gestern abend die Chefrau Franziska Renjal aus der Margaretenstr. 16 10' gefahren. Frau A. wollte an der Ecke der Margaretenstr. 16 10' gefahren. Frau A. wollte an der Ecke von einer herannahenden Kraftdroschke erfasst und überfahren wurde. Mit schweren inneren Verletzungen wurde die Verunglückte in das Krankenhaus übergeführt, wo der Tod kurz nach der Einlieferung eintrat.

Die amerikanischen Seeleute im Rathaus. Gestern mittag stellten die amerikanischen Seeleute unter der Führung des Kommandanten Beck dem Rathaus einen Besuch ab. Nach einer eingehenden Besichtigung nahmen sie in dem mit amerikanischen Fahnen und den Flaggen Berlins geschmückten Vorhof des Gebäudes Platz, wo ihnen ein Frühstück gegeben wurde. Im Auftrage des zurzeit abwesenden Oberbürgermeisters hieß Stadtrat Dr. Richter die amerikanischen Gäste aufs herzlichste willkommen. Er betonte die guten Beziehungen, die zwischen Amerika und Deutschland wieder angeknüpft worden sind und schloß seine Rede mit einem dreifachen Hoch auf das amerikanische Volk, die amerikanische Marine und die hier anwesenden Vertreter des großen Volkes. Darauf ergriff der Kommandant des amerikanischen Kreuzers „Memphis“ das Wort, um für die Aufnahme, die er und seine Kameraden hier gefunden haben, zu danken. Er trank sein Glas auf das Wohl der Stadt Berlin, des deutschen Volkes und der deutschen Marine. Ein dreifaches Hipp-Hurra der amerikanischen Gäste folgte.

Das bestohlene Kriminalgericht. In der Zeit der Inflation, wo jedes Stückchen Metall hohen Wert hatte, waren Diebstähle in den Kriminalgerichtsräumen eine häufige Erscheinung. Es verschwanden sämtliche Türklinen, Messingbeschläge und Leitungsröhre. Dann war lange Zeit Ruhe. Nunmehr scheinen aber die Wirtschaftsnöte wiederum Langfinger angelockt zu haben. Am Freitag früh stellte sich heraus, daß in dem sogenannten „Schwindelgang“, einem lang gewundenen Verbindungsgang zwischen dem alten und dem neuen Kriminalgerichtsgebäude, sämtliche Glühbirnen gestohlen worden waren.

Ein Motorfahrzeug in den Untergrundbahnstrecke gestürzt. Beim Regen von Kabeln vor dem Hause Kattbuser Str. 17, wo gleichzeitig Ausschachtungsarbeiten für die im Bau befindliche Untergrundbahn vorgenommen werden, durchdrach kürzlich ein schweres Motorfahrzeug des Telegraphenbauamtes den Bodendag, der der überaus großen Belastung nicht gewachsen war und stürzte mehrere Meter tief in die Baugrube. Die Feuerwehr sowie eine Hilfsabteilung der Berliner Straßenbahn wurden herbeigerufen, um das Fahrzeug zu bergen. Erst nach mehrstündigen aufstrengten Arbeiten gelang es, das schwere Motorfahrzeug, auf dem sich noch eine Kabelwinde befand, an die Oberfläche zu befördern.

Überfallkommando und Autobus. An der Ecke Mantuffel- und Waldemarstraße ließ gestern abend gegen 9 Uhr ein Kraftwagen des Überfallkommandos mit einem Autobus der Linie 24 zusammenstoßen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt, lediglich einige Scheiben des Autobus wurden zertrümmert.

Elternratswahlen. Auch im 5. Bezirk haben die Christlich-Unpolitischen bei den Nachwahlen sichtlich abgeschnitten. In der 66. Schule hatte sie im Juni die Mehrheit verloren. Durch eine Neuwahl hofften sie die Mehrheit wieder zu erlangen und legten Protest ein. Es hat nichts genützt, die Nachwahl hatte bei starker Wahlbeteiligung das gleiche Ergebnis wie die Wahl am 6. Juni: Liste „Schulaufbau“ 6 Siege (1924: 5 Siege), Christlich-Unpolitische 5 Siege (1924 6 Siege). An der 23. Schule hatte der christlich-unpolitische Wahlvorstand bei der Hauptwahl die Liste „Schulaufbau“ ungerichtlich für ungültig erklärt und so seiner Liste 11 Siege „erlämpft“. Die auf Protest unserer Genossen angelegte Neuwahl brachte den Christlich-Unpolitischen einen Verlust von drei Siegen bei nachstehendem Ergebnis: Liste „Schulaufbau“ 5 Siege (1924: 2 Siege), christlich-unpolitische Liste 6 Siege (1924: 9 Siege).

Wenn unsere Genossen und fortschrittlichen Eltern überall so rührig sind, werden die letzten Nachwahlen am kommenden Sonntag der Liste „Schulaufbau“ weitere Erfolge bringen auf Kosten der Christlich-Unpolitischen.

Die Nachwahl zum Elternrat brachte in den Neuköllner Gemeindeschulen 2 und 30 (Bobbinstraße) einen harten Wahlkampf. Trotz „christlich-unpolitischer“ Lügen ist es gelungen, an der 2. Schule fünf Siege und an der 30. Schule 4 Siege zu gewinnen. Elternbund, Lehrer und Schulleitung hatten alles aufzubieten, das zu verhindern. Zum ersten Male stehen in diesen Schulblöcken Vertreter der Liste „Schulaufbau“ ein. Ihre erste Aufgabe wird sein, der Schulleitung zu zeigen, wie praktische Arbeit zum Wohl der Kinder aussieht.

Fahnenweihe in Borstingwalde. Am Sonntag fand in dem mit vielen roten und schwarz-goldenen Fahnen geschmückten Borstingwalde die Fahnenweihe der dortigen Reichsbannerkameradschaft statt. Weit über 1000 Kameraden der Berliner Kreise waren erschienen. Die Festrede hielt Genosse Erich Fraentel. Das Reichsbanner, so sagte er, wird an erster Stelle mitarbeiten, den Weltfrieden zu erhalten und die französisch-deutsche Erbfeindschaft für alle Zeiten zu begraben. Die Fahnenweihe nahm Kamerad Rowal vom Gauvorsitz vor. Mit begeistertem Hochrufen auf die Republik fand die imposante Kundgebung nach einstündigem Ummarsch, an dem sich die Legeler und Reinickendorfer Kameraden mit ihren Bannern beteiligten, ihr Ende.

In dem Artikel „Denkmäler des Militarismus“, den wir im „Vorwärts“ Nr. 408 am 31. August veröffentlichten, wurde erwähnt, daß in der Belle-Alliance-Straße die ehemalige Dragonerkaserne in ihrem Keller eine Mittelstands Küche des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz beherbergt. Unsere nebenbei gemachte Bemerkung, daß es in dem Keller „muffig riecht und Hühnergegacker zu hören ist“, und die angefügte Frage, „warum die ehemaligen Fürstinnen, die im Vorstand dieses Vereins sitzen, nicht eins ihrer Schößler dazu hergeben“, veranlassen die stellvertretende Vorsitzende der Gruppe Kreuzberg des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz, unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes die Aufnahme einer Erwiderung zu fordern. Die Dame wiegt sich, wie alle Pressegeheimnistener, in dem schönen Bann, daß man sich nur für die auf den berühmten § 11 zu berufen brauche und dann die Aufnahme von allem möglichen fordern dürfe. Obwohl in dem Artikel mit keiner Silbe von den Beluchern der Küche gesprochen wurde, erzählt sie, daß die Küche „fortgesetzt sich steigenden Besuches eines gediegenen Publikums erfreut“. Auf unsere Frage nach den zur Verfügung zu stellenden Schößlern antwortet sie mit der Gegenfrage, wie man den alten und teilweise gebrechlichen Gästen den beschwerlichen Weg zumuten sollte. Darüber aber, ob es in dem Keller muffig riecht und Hühnergegacker zu hören ist, sagt die Erwiderung nichts.

Der Hauptausfluß für Arbeiterwohlfahrt bietet und mitzuteilen: Der Nachschubausfluß des Hauptausflußes für Arbeiterwohlfahrt für männliche Wohlfahrtsarbeiter muß wegen Verzögerung der Herausgabe des Erlasses, in dem die Ausbildung für männliche Wohlfahrtsarbeiter geregelt wird, dem 15. Oktober auf den 1. November verlegt werden. Dieser Termin steht endgültig fest. Der Lehrgang dauert vier Monate. Männliche Wohlfahrtsarbeiter, die eine dreijährige Berufspraxis auf einem umfassen den Gebiet der Wohlfahrtsarbeit haben, können Antragsformulare und nähere Auskunft einfordern beim Hauptausfluß für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Vollstunde in Englisch, Französisch, Spanisch. Anfang Oktober beginnen in der Sprachschule für Arbeiter die neuen Abendkurse in Englisch, Französisch und Spanisch sowohl für Anfänger ohne Vorkenntnisse als auch für Teilnehmer mit Vorkenntnissen. Anmeldeungen: Dienstag, den 28. September, und Mittwoch, den 29. September, abends 6 bis 8 Uhr, in der Schule Gipsstr. 28 a, Zimmer 18 (nahe Alexanderplatz und Bahnhof Dörfel).

Der Winterfahrplan tritt in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober in Kraft. Er bringt sehr erhebliche Veränderungen zum Teil auch bei den großen durchgehenden Verbindungen. Seine Veränderungen sind in den „Strom“-Kursbüchern, deren Winterausgaben schon erschienen, verflocht berücksichtigt. Auch demobils Telegraph — das Kursbuch für Auslandsreisen — erscheint neu, es enthält den gesamten deutschen und europäischen Verkehr.

Aus dem Zug gemorfen. Am Sonntag vormittag wurde nach einer Meldung aus Köln auf dem Bahnkörper der Strecke Troisdorf-Bonn eine weibliche Leiche aufgefunden. Die Nachforschungen ergaben, daß die Tote die 24jährige Luise Kuebsamen aus Daaden ist, die von einer bisher noch Unbekannten in verbrochener Absicht aus dem Zug gemorfen worden war.

FUNKWINKEL

Wenn man von der Übertragung der Blasmusik des Lunapark-orchesters abläßt, so verdient das musikalische Sonntagsprogramm diesmal Lob. Der Gedanke, Oratorien durch den Rundfunk zu verbreiten, lag nahe. Denn die ganze, oft recht dramatisch bewegte Handlung liegt ja bei diesen Werken in der Musik und im gesungenen Wort, und diese vor Jahrhunderten entstandenen Tonhöfungen sind also eigentlich ideale „Sendespiele“. Händels „Judas Maccabäus“ eröffnete die Reihe —, denn noch sieben weitere Oratorien sollen an anderen Abenden folgen. Dr. Kurt Singer schickte dem Wert eine knappe, aber aufschlußreiche Einleitung voraus über die geschichtliche Entwicklung der Oratorien und gab in einer Erläuterung des Wertes wesentliche thematische Hinweise. Prof. Hugo Rüdell bemies sich als starker Nachgestalter dieses kraftvollen Händel-Werkes. Der wundervoll abgestimmte Chor der Berliner Funkstunde und das portreffliche Funk-orchester brachten unter seiner Leitung eine Aufführung zustande, die sich den besten Vorbietungen im Konzertsaal als ebenbürtig an die Seite stellen konnte. Auch ausgezeichnetes Solfistenmaterial war aufgeboden worden. Rudolf Paubenthal sang die Partie des Judas Maccabäus, Hilbert Fischer den Simon, und Emmy von Stetten lehte ihren kultivierten Sopran für die Erste Israellin ein. — Der Nachmittag bei Johann Strauß, der von dem Enkel des Kaiserkönigs dirigiert wurde, war in der Idee glücklicher als in der Ausführung; an der „Stunde der Lebenden“, die Werte von Kaminski, Manuel da Falla und Hindemith bot, wäre nur zu rügen, daß sie in der Zeit von 1 bis 2 Uhr nachmittags allzu ungünstig platziert wurde.

Von der Sendespiel-Operette dieses Montags läßt sich in der Hauptsache dasselbe sagen, was für alle Operettenübertragungen durch den Rundfunk gilt: das fehlende Bühnenbild bleibt hier stets ein fühlbarer Mangel, denn allzu sehr ist jede moderne Operette von ihm abhängig. Dabei soll nicht verkannt werden, daß Oscar Straus letzter Wölzer ein musikalisch gefälliges, melodienreiches Werk ist — mit einem recht banalen Textbuch freilich, das kaum sehr geschickte Darsteller auf der Bühne schmachtlich machen können, das aber im Hörbild völlig unwirksam bleiben muß. Doch Oscar Straus, der sein Werk selber dirigierte, bot wenigstens in der guten

musikalischen Aufführung einen Ausgleich, und Bernhard Bötel und Ernst Solan waren stimmlich recht annehmbare Darsteller. Franz Groß und Olga Engels komit verpufften auch im Sendespiel nicht völlig. Auch die übrigen Rollen waren gut besetzt. — Leider war das Nachmittagskonzert diesmal nicht ganz auf der Höhe. Frau Flocke-Hagemann verfügt zwar über einen ganz umfangreichen Sopran, doch fehlte es ihr an Stimm- und Sprechkultur. Egbert Drake aber hatte sich mit Werken von Schumann eine Aufgabe gestellt, für die weder seine Technik noch seine Ausdruckskraft völlig zureichten.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 28. September.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

12 Uhr mittags: Die Viertelstunde für den Landwirt. 4 Uhr nachm.: Rektor A. Hanschild: „Die Berufswahl psychopathischer Kinder“. 4.30-6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski. 6.30 Uhr abends: Stunde mit Büchern. 6.55 Uhr abends: Georg Enders: „Arbeit und Eigentum“. 7.20 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Volkswirtschaftslehre. Dr. O. Seifflich: „Einführung in die Nationalökonomie“ (Zweck und Bedeutung dieser Wissenschaft). 7.45 Uhr abends: Hochschulkurse. Abteilung Kulturgeschichte. Dr. Gustav Neckel: „Deutschlands Kulturbeziehungen zu den skandinavischen Ländern im Wandel der Zeiten (Neuzeit)“. 8.15 Uhr abends: Professor Oskar Bis: Einführung zu dem nachfolgenden Orchesterkonzert. 8.30 Uhr abends: 30 Jahre Orchestermusik. V. Dir.: Dr. W. Buschhöcker. Solist: Kammeränger Laurits Melchior, Tenor. 1. v. Weber: Ouvertüre zu der Oper „Oberon“. 2. Aus den Wesendonk-Liedern: a) Wagner: Träume. b) Wagner: Schmerzen. 3. Wagner: Siegfried-Idyll (Laurits Melchior). 4. Wagner: Siegmunds Liebeslied, aus der Oper „Die Walküre“. b) Wagner: Grauzählung aus der Oper „Lohengrin“ (Laurits Melchior). 5. Berlioz: Aus „Faust“ Verdammung“. a) Syphentanz, b) Tanz der Irrlichter, c) Ungarischer Marsch (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsangsage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Dienstag, den 28. September.

3-3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri und v. Kyseren: Spanisch. 3.30-4 Uhr nachm.: Professor Dr. Lewandowski: Das nervöse, das blasse, das sitrenbleibende Kind und seine Bedeutung. 4.30-5 Uhr nachm.: Aus der pädagogischen Welt. 5-6 Uhr abends: Manfred v. Ardenne: Wie höre ich die deutsche Welle? 6-6.30 Uhr abends: Prof. Matzsch: Große Männer der Technik. 7-7.30 Uhr abends: Dr. phil. Wegner: Nistkästen für Höhlenbrüter. 7.30-8 Uhr abends: Dr. Fischer: Das Lebenswerk von Arno Holz. Ab 8.15 Uhr abends: Übertragung aus Berlin.



Kommt ein Vogel geflogen,
Will sich niederlassen in Berlin.

Liebe Berliner!

Unsere „Halpau Mocca“ ist eine besonders gute und besonders preiswerte Cigarette.

Ihre Verpackung ist einfach, fachlich einwandfrei, genau wie bei anderen.

Ihre Fabrikation geschieht mit eben solcher Liebe und eben solcher Sorgfalt, genau wie bei anderen.

Das für die „Halpau Mocca“ verwendete Papier ist das Beste, was man bieten kann, genau wie bei anderen.

Was wir anderen aber voraus haben, ist unsere im Verlauf von Jahrzehnten mit großen Kosten aufgebaute Tabak-Einkaufsorganisation.

Auf den Tabak aber kommt es an.

Darum ist unsere „Halpau Mocca“ eine besonders gute und besonders preiswerte Cigarette.

5 Pfg.

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H. Breslau und Köln

Der Kampf um das Recht auf Arbeit.

Enteignung der Zeche „Vereinigte Margarete“ gefordert.

Der Stumm-Konzern hat, wie erinnerlich, an den Regierungspräsidenten in Arnberg den Antrag gestellt, den Abbruch der Zeche „Vereinigte Margarete“ zu genehmigen. Es handelt sich hier um eine durchaus moderne Kohlenförderungsanlage, die bis dahin rentabel gearbeitet hat, deren Förderung aber für den Stumm-Konzern weniger Profit bringt als ein Ramschgeschäft. Die Stilllegung soll nämlich dem Ziele dienen, die Produktionsquote der Zeche „Vereinigte Margarete“ auf die übrigen Zechen des Konzerns zu übernehmen. Seit Monaten gehen die Auseinandersetzungen über diesen einzigartigen Fall. Jetzt hat der Landtagsabgeordnete Genosse Otter an den Reichswirtschaftsminister den Antrag gestellt, die Zeche „Vereinigte Margarete“ in die Gemeinwirtschaft zu überführen unter Berufung auf das Sozialisierungsgebot vom 23. März 1919.

Es erscheint angebracht, die beiden wichtigsten Paragraphen dieses Gesetzes in die Erinnerung zurückzurufen. Der § 1 lautet:

„Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“

Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutz des Reiches. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.“

Im § 2 wird bestimmt:

„Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung“

1. für eine Vergeßenschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen,

2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln.“

Im Gesetz über die Kohlenwirtschaft, das gleichzeitig der Öffentlichkeit übergeben wurde, hat man von dem Enteignungsrecht bekanntlich keinen Gebrauch gemacht und auch später sich über die Gutachten der Sozialisierungskommission hinweggesetzt, die mehr oder minder scharfe Eingriffe in das Eigentumsrecht der Bergherren vorschlugen. Wenn aber ein Vorkommnis einen solchen Eingriff berechtigt, so ist es gerade der gegenwärtige Fall der Zeche „Vereinigte Margarete“. Genosse Otter führt zur Begründung des Antrages folgendes aus:

Der Antrag auf Stilllegung und Abbruch der Zeche „Vereinigte Margarete“ ist von der Verwaltung mit der Unrentabilität der Zeche und den dauernden Zuschüssen begründet worden. Die Nachprüfung durch den Staatskommissar, Oberbergamtsdirektor Dr. Weise in Dortmund, hat ergeben, daß bis zur Stilllegung (Ende Mai 1926) der Betrieb wirtschaftlich gearbeitet und sehr erheblichen Gewinn gebracht hat. Durch Herrn Dr. Weise ist einwandfrei festgestellt worden, daß seit der Marktstabilisierung 575 000 M. in Bankguthaben und 90 000 M. an Beteiligungen von der Verwaltung aus dem Zechenbetrieb verzinstlich angelegt worden sind. Außerdem wurden in dieser Zeit Ruwanlagen im Werte von etwa 130 000 M. geschaffen. Insgesamt sind es 795 000 M. Gewinn, die der Zechenbetrieb abgeworfen hat.

Die Verwaltung der Zeche „Vereinigte Margarete“ hat somit dem Stilllegungsantrag an den Herrn Regierungspräsidenten eine wesentlich unwahre Begründung gegeben.

Einen Kesseltanten (Käufer) für die Zeche „Vereinigte Margarete“ und auch den Herrn Regierungspräsidenten hat der Stumm-Konzern schriftlich wissen lassen, daß er

weder bereit noch gewillt sei, die Zeche zu verkaufen.

Der Wille des Stumm-Konzerns geht dahin, die Zeche „Vereinigte Margarete“ abzubrechen, um die Beteiligungsziffer am Kohlenfondit, die auf der Zeche „Vereinigte Margarete“ ruht, auf die übrigen Konzernzechen zu übertragen. Das Vorhaben des Stumm-Konzerns ob der Angabe über Unrentabilität der Zeche „Vereinigte Margarete“ steht

beispiellos in der ganzen Stilllegungsfrage.

Im Kreise Hörde sind die Zechen: Kaiser Friedrich, Glückauf-Tiefbau, Hamburg, Wiendahlbank, Admiral, Freier Vogel, Glückauf-Siegen, Schürbank und Charlottenburg stillgelegt worden. Nach den Wünschen des Stumm-Konzerns soll auch noch die Zeche „Vereinigte Margarete“ zum Erliegen gebracht werden. Dieses Beginnen des Stumm-Konzerns hat eine große Empörung und Erbitterung in die dortige Bevölkerung gebracht.

Die Arbeiter, Unpelleiten, der gewerbliche Mittelstand, die Gemeinde Sölde und das Amt Aplerbeck sehen ihre Existenz bedroht. Die Erbitterung der Bevölkerung findet eine bestärkte Begründung in der großen

Nachfrage nach Kohlen auf dem Weltmarkt.

Im Jahre 1926 bis zur Stilllegung des Betriebes (Ende Mai 1926) haben die Belegschaftsmitglieder der Zeche etwa 20 000 Schichten und im Jahre 1925 etwa 60 000 Schichten wegen Absatz-

mangel feiern müssen, aber trotzdem den hohen Reingewinn erzielt. Bei einer vollen Beschäftigung verspricht der Zechenbetrieb noch größeren Gewinn.

Infolge der großen Nachfrage nach Kohlen auf dem Weltmarkt und der langfristigen Verträge, die das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat abgeschlossen hat, macht sich die

Wiedererbetriebsnahme der bereits vor längerer Zeit stillgelegten südlichen Randzechen

bemerkbar. „Die Windmühle“ in Sprochhövel, Zeche „General“ in Weitmar u. a. m. Diese Zechen sind vor längerer Zeit stillgelegt worden, weil ihre Rentabilität damals nach Ansicht der Besitzer nicht vorhanden war. Die Bevölkerung sagt sich mit Recht, daß unter der heute erfreulichen Nachfrage nach Kohlen, die sich bis zur Kohlenknappheit gesteigert hat, eine moderne Zeche, wie „Vereinigte Margarete“ es ist, wo mit der Kohlenförderung sofort begonnen werden kann, nicht abgebrochen werden darf. Es kommt noch hinzu, daß ein etwaiger Abbruch der Zeche „Vereinigte Margarete“ durch die Wasserzufälle nach der Zeche Caroline in Holzwickede, die sich einer guten Entwicklung erfreut, sie schwer gefährdet, ja sogar zur Stilllegung zwingen würde. Dadurch würde der Nation ein großer Verlust an Naturerbschaften entstehen, weil die aufgeschlossenen Erdschätze im dortigen Gebiet kaum jemals aufgeschlossen und abgebaut werden könnten.

Da sich der Stumm-Konzern weigert, die Zeche „Vereinigte Margarete“ zu verkaufen oder selbst in Betrieb zu halten, so bitte ich die Reichsregierung dringend, auf Grund des Sozialisierungsgebotes vom 23. März 1919, Reichsgesetzblatt Nr. 68, die Zeche „Vereinigte Margarete“ in Sölde (Aplerbecker Aktien-Verein für Bergbau) gegen angemessene Entschädigung in die Gemeinwirtschaft zu überführen.

Diese Begründung spricht eigentlich für sich. Hervorzuhoben ist jedoch, daß in der letzten Zeit die Verhältnisse am Kohlenmarkt dazu geführt haben, daß das Kohlenyndikat seine Absatzmöglichkeiten nicht mehr voll wahrnimmt. Am süd-deutschen Kohlenmarkt wird die Nachfrage nicht mehr voll befriedigt, sondern den Händlern nur diejenige Kohlenmenge zur Verfügung gestellt, die sie in den Sommermonaten abgenommen haben. Das Kohlenyndikat verzichtet auf den Verkauf, anstatt mit der Erweiterung seines Absatzes seinen Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Bei dem Reichswirtschaftsministerium liegt der Antrag, wie uns auf Anfrage mitgeteilt wird, noch nicht vor. Der Reichskohlenrat ist für seine Behandlung nicht zuständig, da die Ausübung der gesetzlichen Enteignungsgewalt ihm nicht übertragen worden ist.

Es ist ein Kampf um das Recht auf Arbeit, daß die Bergarbeiter führen. Das Reichswirtschaftsministerium wird zu entscheiden haben, ob es den Bestand und die Aufrechterhaltung der Produktion dem Profitinteresse eines einzelnen opfern will. Es ist seit langem der erste Fall, wo dieser Konflikt zwischen Allgemeininteresse und Profitinteresse mit solcher Deutlichkeit zutage tritt. Noch vor wenigen Monaten konnten sich die Zechenherren darauf berufen, daß die allgemeine Lage des Absatzes die Weiterführung der minder geeigneten Betriebe auf lange Zeit hinaus ausichtslos mache. Heute trifft dieses Argument nicht mehr zu.

Man wird daher gespannt sein müssen, wie das Reichswirtschaftsministerium sich zu diesem Antrag stellen wird und ob es den im Gesetz ausgesprochenen Gedanken, daß die Arbeitskraft gegen die Auswüchse des Profitinteresses zu schützen ist, in die Tat umzusetzen gedenkt.

Gegen die Stilllegungen bei der Donnersmard-Hütte.

Die schweren Schädigungen, die die Stadt Hindenburg von der geplanten Stilllegung des Hochofenbetriebes und der Einschränkung des Koksereibetriebes in der Donnersmard-Hütte befürchtet, hat die Stadtverwaltung zur Annahme eines kommunistischen Antrages veranlaßt, der die Zurücknahme des Beschlusses der Verwaltung wegen der Stilllegung des letzten Hochofens und die Inbetriebsetzung der bereits stillgelegten Werksanlagen der Donnersmard-Hütte verlangt.

Der preussische Staat wird bei der Behandlung dieses Antrages Schwierigkeiten haben, weil er als Darlehensgeber des ober-schlesischen Eisentrüffes daran interessiert ist, daß dieses Unternehmen rentabel arbeitet. Die Stilllegungen sind ein Teil des Rationalisierungsprogramms, ohne dessen Durchführung die Verlustwirtschaft der beteiligten Betriebe sich ins Ungemessene auswachsen würde. Aus diesem Grunde geht der Antrag in der vorliegenden Form sicherlich zu weit, wenn er schematisch die Inangabelegung der Betriebe in ihrer früheren Form verlangt. Der preussische Staat wird hingegen sorgfältig zu prüfen haben, inwieweit er seinen Einfluß bei dem Trust dahin geltend machen kann, um unnötige Härten bei der Rationalisierung gegenüber den betroffenen Bevölkerungsschichten zu verhindern.

Ein Vorläufer der Montanabschlüsse.

Echweiler Bergwerksverein 14 Proz. Dividende.

Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, daß man den Geschäftsberichten der Montanindustrie zum 30. Juni und 30. September in diesem Jahre wegen der Auswirkungen der Englandkonjunktur auf die Gewinnziffern mit ganz besonderem Interesse entgegensehen darf. Der durch seine Mittelstellung zwischen dem Belgisch-Luxemburgischen und dem Ruhrmontangebiet besonders interessante Echweiler Bergwerksverein in Koblisch, der als Koksbasis des „Arbed“-Konzerns wohl als erster die organische Verbindung von westfälischen Eisen und rheinischer Kohle wiederherstellte, kann nun zwar gerade für die Gewinnentwicklung durch die Englandkonjunktur nicht als typisch angesehen werden. Einmal ist seine Dividende bekanntlich durch den Hauptaktionär, eben die „Arbed“ (Ucieres Reunis de Burbach, Eich-Dudelange) mit 14 Proz. garantiert; zum anderen ist er weitgehend Werkslieferant für den Arbed-Konzern. Aber seine Entwicklung im letzten Jahre, besonders in den Monaten April-Juni 1926 gibt doch unzweifelhaft Zeugnis für den stark gewinnbringenden Charakter der unerwarteten Aufstufungskonjunktur.

Bis zum April nennt der Geschäftsbericht die Lage der Werke alles weniger als gut. Die Haldbestände nahmen einen solchen Umfang an, so daß kaum noch Lagermöglichkeiten vorhanden waren. Der Auslandsabsatz ging durch die Inflationskonkurrenz der Frankensländer und die Frachterleichterungen für die holländischen Limburggruben stark zurück. Die schwierige Lage wurde offenbar mit einem Schläge seit April dieses Jahres ins Gegenteil verkehrt: obwohl die Kohlenförderung am Jahres-schluß mit 2,86 Millionen Tonnen gegen 2,44 Millionen im Vorjahr und 1,50 Millionen 1923/24 bedeutend stieg, wurden die Halben weitgehend geräumt. Die Jahresförderung erreichte mit 97 Proz. fast die von 1913/14. Zwar weniger stark, aber doch fühlbar, wurde die Produktion der Britenfabriken, Hütten- und Walzwerke gesteigert: Koks 662 000 gegen 653 000 Tonnen, Bricketts 104 000 gegen 95 000 Tonnen, Roheisen 30 400 gegen 16 100 Tonnen. Der Gesamtumsatz wurde von 53,32 auf 57,68 Millionen erhöht. Die durchschnittliche Belegschaft wuchs von 13 959 auf 14 523 Arbeiter.

Infolge der finanziellen Interessengemeinschaft mit der „Arbed“ geben Gewinnrechnung und die Bilanz natürlich nur in beschränktem Umfang Zeugnis für die Gewinnentwicklung. Man weiß nicht, ob der beträchtliche Aufwand für Neubauten — mehr als 3,71 Millionen — aus Betriebsüberschüssen finanziert worden ist, dafür spricht die geringe Steigerung der laufenden Verpflichtungen von 19,2 auf 20,83 Millionen Mark, oder ob un-sichtbare Kredite der „Arbed“ vorliegen. Aber auch so sind Gewinnrechnung und Bilanz günstig. Die Dividende von 14 Proz. ist zwar festgelegt. Während im Vorjahr aber ein Zuschuß der „Arbed“ von 3,27 Millionen für Dividende und Aufsichtsrats-tantieme ausgewiesen wurde, sind es 1925/26 nur mehr 2,11 Millionen. Nimmt man zu dieser Besserung der Echweiler Gewinn-ziffern um 1,16 Millionen die Ausgaben für Neubauten mit 3,72 Millionen hinzu, die nach der ganzen Bilanz doch wahr-scheinlich „über Betrieb“ gemacht wurden, so ergibt sich eine Bilanz-verbesserung von rund 5 Millionen, die wesentlich der gebesserten Konjunktur zu danken sein wird. Im übrigen ist die Entwicklung seit Juni unverändert günstig. Dem im März wieder in Betrieb genommenen Hochofen ist im August das lange stillgelegte Stahlwerk gefolgt und in Mariendorf bei Koblisch wird eben eine neue große Britenfabrik errichtet.

So ist der Echweiler Abschluß als erster größerer Abschluß der westfälischen Montanwerke wohl geeignet, die berechtigte Spannung zu erhöhen, mit der die Öffentlichkeit die Montanabschlüsse erwartet. Man wird bei deren Kritik übrigens zu beachten haben, daß der Echweiler Bergwerksverein eine viel ungünstigere Frachten-lage hat als die Ruhrwerke; ein Nachteil, der durch die Interessen-vertnepfung mit der „Arbed“ keineswegs als voll ausgeglichen angesehen werden darf. Von dem Höfch-Röln-Reussen-Konzern werden Dividenden von 8 und 6 Proz. angekündigt.

Will Rosterg die Kaliherrschaft monopolisieren?

Krach im Wintershall-Konzern.

Der Generalversammlung des im Wintershall-Konzern endete mit einem Misston. Generaldirektor Rosterg, der die Zusammenfassung der zahlreichen Unternehmungen im Wintershall-Konzern zum größten deutschen Kalitruß durchgeführt hat, überwarf sich bei seiner Reichspolitik mit dem Kommerzienrat Friß Reehberg, dem Grubenvorstandsvorsitzenden der Gewerkschaft Wintershall, des Stammwerkes des sechsten großen Konzerns. Rosterg hatte die Mehrheit der Gewerkschaft Wintershall an sich gebracht und jetzt bewirkt, daß Friß Reehberg sein Amt niederlegen mußte. Nachdem Rosterg schon früher eine Reihe von selbständigen Generaldirektoren aus dem Konzern herausgedrängt hat, kann er jetzt als der Alleinherrscher des Wintershall-Konzerns gelten. Diese Herrschaft hat er sich überdies gesichert, indem er die Mehrheit der Wintershall-Krage in eine neue Gewerkschaft übergeführt hat, wodurch verhindert wird, daß diese Anteile am Markt erscheinen.

Der Streit zwischen Rosterg und Reehberg erhält durch Erklärungen, die Reehberg über seine Ursachen veröffentlicht, allgemeine Bedeutung. Reehberg erklärt, er habe sich davon überzeugen müssen, daß Herrn Rostergs Streben auf die Beherrschung der gesamten deutschen Kalindustrie gerichtet sei. Wiederholt seien Vorschläge, die deutsche Kalindustrie unter Verteilung des

Massary Perle

die hervorragende Qualitätszigarett
in vornehmer Ausstattung — für nur 4^{sh}

erobert sofort
jedes Raucherherz

DIE Massary Perle IST ECHT



Unser Kind.

Von Lajos Ragg.

Marie, unser Mädchen für alles, bekam ein Kind. Das Kind kam im Dienstbotenzimmer zur Welt, bei der Taufe erhielt es den Namen Franz. Ich und meine Frau sagten der Marie, das Kind möge bei uns bleiben und uns allen drei gehören; wir sind eine Familie, der Bub wird eine Mama, eine Tante und einen Onkel haben. Ich dachte auch daran, doch sagte ich es dem Mädchen nicht, das Kind später zu adoptieren und ihm meinen Namen zu geben. Marie dankte weinend, sie wollte unsere große Güte — wie sie sagte — gar nicht annehmen. Man hat mit solch einem Kleinen viel Unannehmlichkeiten, wir werden die Sache bereuen und auch auf sie böse werden; das Kind möge nur bei irgendeiner Frau auf dem Lande aufwachsen, es gibt gute Landweiber. Ich erklärte Marie, daß wir wohl keine schlechten Menschen sind, daß uns jetzt aber auch der Egoismus leitet, wenn wir das Kind haben wollen. Während unserer zehnjährigen Ehe wurde uns kein Kind geboren, je mehr unsere Jugend vergeht, um so sehnlicher wünschen wir es, daß dieses kleine Gut bei uns bleibe, zu unserer gemeinsamen Sorge und gemeinsamen Freude.

Das Kind war gesund und schön; zu Marie sprachen wir nicht davon, hier will ich es aber verraten, wie bestrebtbar unsere „Güte“ war, denn wäre das Kind häßlich oder krank gewesen, hätten wir es sicherlich nicht angenommen. Wir hätten das Kind bedauert, hätten der Marie geholfen, aber ihren Sohn hätten wir nicht als gemeinsames Kind haben wollen. So aber war der kleine Franz gottlob ein einwandfreies Geschöpf, ein starkes, temperamentvolles Menschlein, er lachte oft und weinte selten; seine Fröhlichkeit erfüllte das ganze Haus, zu weinen pflegte er nur aus triftigen Gründen, dann aber kräftig und ausgiebig.

Seine Herrschaft beschränkte sich natürlich nicht bloß auf das Dienstbotenzimmer und auf die Küche, ihm gehörte die ganze Wohnung. Als er schon sitzen konnte, aß er an unserem Tisch, als er schon gehen konnte, drehte er sich überall herum, in unserem Schlafzimmer, in unserem Speisezimmer und in meinem Arbeitszimmer. Alles, was wir hatten, war auch sein Eigentum mit sehr unbedeutenden Beschränkungen, so zum Beispiel, daß er meine Bücher nicht zerreißen, das Tintenfaß nicht zur Erde werfen und die Schuhe der Tante nicht in den Mund stecken durfte. Diese Verbote schränkten die Freiheit des kleinen Menschen stark ein, und er empörte sich auch manchmal aus solchen Anlässen. Wenn er in mein Zimmer kam und er, nachdem er mir die Hand gereicht hatte, meine Feder zerbrechen wollte und ich diese seiner trampsthaft zusammengedrückten Hand entreißen wollte, wurde er zornig, er warf sich in eine trohige Postur, streckte die Brust heraus, ballte seine rechte Hand, warr den Kopf zurück, stampfte mit dem rechten Fuß auf und schrie geradezu brüllend: „D-o-ahh!“ Seinem Trotz war anfangs schwer beizukommen, als er aber schon zwei Jahre alt und sehr verständig war, erklärte ich ihm in jedem einzelnen Fall, zu was dieses Verbot nötig ist, warum es zum Beispiel nicht erlaubt ist, die Feder zu zerbrechen, Zündhölzer zu essen und die Finger einem anderen in die Augen zu stechen. Er verstand meine Ausführungen und er überzeugte sich auch davon, daß das, was ihm nicht erlaubt ist, auch weder mir, noch seiner Mama, noch der Tante gestattet ist, und er fügte sich auch in diese Verbote. Sein Trotz blieb ihm jedoch und er kam immer zum Ausdruck, wenn sein „Alles-Haben-Wollen“ auf neue Hindernisse stieß.

Der kleine Franz liebte uns, sowohl mich, wie auch meine Frau; er machte zwischen der Mama und der Tante keinen Unterschied, er verteilte seine Gutmütigkeiten gleichmäßig auf beide Frauen; man kann sagen, daß er zwei Mütter hatte. Er liebte mich und meine Frau so sehr, als wäre er uns für die schöne und große Wohnung, für das gute Essen, für den Schutz, dankbar gewesen, als hätte er gewußt, daß wir dazu noch Recht und Gesetz nicht verpflichtet wären, wir geben es ihm dennoch, möge er nur alles haben. Die Kleinen wissen doch viel mehr, als die Großen von ihnen voraussetzen, und auch ihr Unterbewußtsein birgt viel mehr Wissen in sich, als sie selber mit ihrem kleinen Verstand denken würden. Wissen doch auch die Tiere, ein kluger Hund oder eine liebe Katz, unendlich viel.

Der Verstand des kleinen Menschen entwickelte sich prächtig, und wir erzählten unseren Bekannten, ganz als wären wir seine Eltern, von seinen ausgeführten Sachen und Ausprüchen.

Der kleine Franz war zweieinunddreißig Monate alt, als ich abgebaut wurde und zugleich auch die in einem Staatsgebäude innegehabte Wohnung verlor. Infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse bekam ich keine neue Wohnung und war gezwungen, mit meiner Frau als Untermieter zu gehen. Mein Haushalt löste sich auf, Marie mußte von uns fort, konnten wir ihr doch nicht einmal eine Schlafstätte geben. Sie bekam in einer kleinen Provinzstadt einen Posten und nahm das Kind mit sich. Meine Frau konnte sich von dem Kinde kaum trennen.

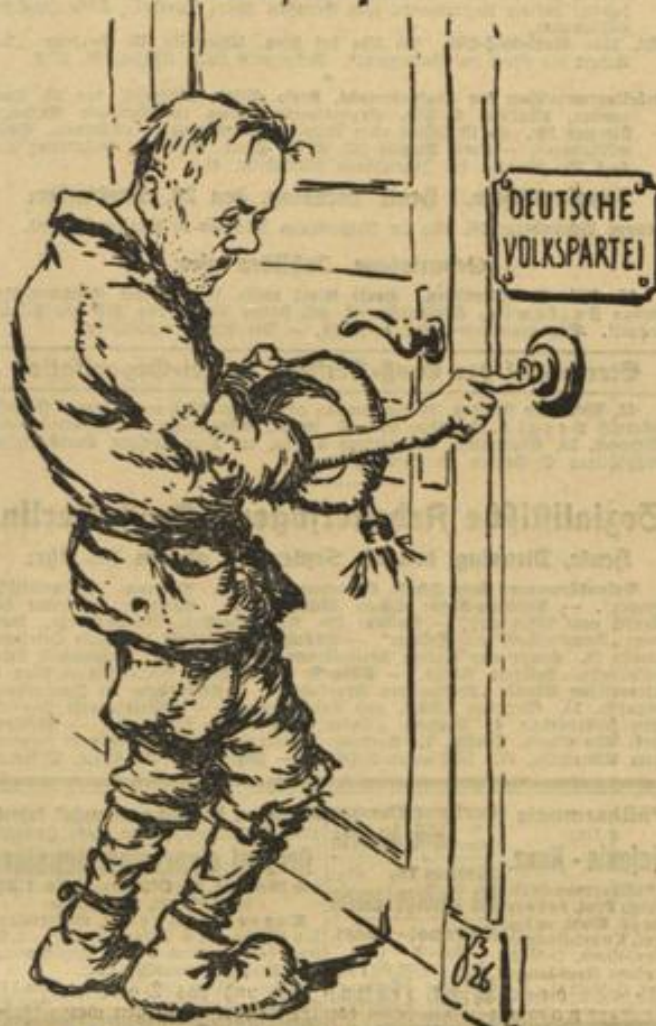
Es schmerzte uns sehr, unser kleines Kind zu vermissen. Wir konnten uns ganz und gar nicht daran finden, daß wir es verloren haben. Marie schrieb von Zeit zu Zeit beruhigende Briefe. Sie hatte es dort natürlich nicht so gut, wie bei uns. Sie hatte wohl alles auf ihrem neuen Posten und in Ueberrück lebten auch wir nicht, eher sehr bescheiden, aber die Freundschaft und das schöne Verhältnis der Seelen vermehrte auch sie schwer. Der kleine Franz wächst im übrigen schön heran, er spricht schon und befindet sich wohl.

Aber uns genügt das nicht. Wir wollten Franz wiederhaben, und so fuhr ich kurzer Hand hinunter zu Marie, ohne vorhergehende Korrespondenz, um mit ihr die Sache mit Worten auf einmal zu erledigen. Ich sagte ihr, daß ich ihr das Kind wegnehmen und es mit in die Hauptstadt bringen werde. Es ist besser so, als wenn der Bub mit ihr auf einem fremden Platz bleibt, wo sie dient, wo sie ja immerhin doch nur ein Dienstbote ist. Wir werden bald wieder eine Wohnung haben, und dann kann auch sie zu uns zurückkommen. Die Mutter weinte vor Schmerz, aber auch vor Glückseligkeit. Franz kam mutig, ja sogar voller Freude mit mir. Er hat sich in der kurzen Zeit, die er von uns fort war — ungefähr zwei Monate — schön entwickelt, er war klüger geworden, und das zeigte sich besonders, als ich mich mit ihm auf der Bahn länger befreundete. Wir gegenüber war er ungewohnt, offen, mutig und intelligent. Als aber Fremde in unser Abteil kamen. Männer und Frauen, eine Mutter mit ihrem Kind, bemerkte ich, daß Franz furchtsamer wurde. Er war nicht mehr so stolz und allmächtig, als wie er noch bei uns war. Er verkröchte sich zu mir, wie um Schutz gegen unbefannte Angriffe, und er schlug vor den fremden Blicken die Augen nieder. Zwei Monate hatte er unter Leuten verbracht, bei denen seine Mutter als Dienstbote angestellt war — und das

war ihm schon anzusehen. Erst jetzt kam es mir in den Sinn, jetzt erst fiel es mir auf, daß ich bei ihm während dieser zwei Tage, die ich im Dorfe seiner Mutter verbracht hatte, weder dort, noch auf der langen Wagenfahrt, weder auf dem Bahnhof, noch in der Restauration, oder im Zug auch nicht ein einziges mal die trohige Pose gesehen oder sein sich widerlegendes Schreien: „D-o-ahh!“ gehört habe.

Franz ist schon eine Woche hier bei uns, aber er hat noch nicht ein einziges mal „D-o-ahh!“ gerufen. Ob seine Seele wohl wieder zu sich kommen wird? Ob er wohl unter uns wieder frei werden und die zwei Monate der Knechtschaft vergessen wird? Ich warte besorgt darauf. (Autorisierte Uebersetzung von Maurus Resel.)

Westarp.



„Ich bin bankrott. Klar liegt's zu Tag.
Ob man mir hier wohl helfen mag!“

Das „Unterelektron“.

Auf der Naturforscherversammlung, die in Düsseldorf vom 20. bis 26. September tagte, hielt in der Abteilung für Physik der Wiener Physiker Prof. Ehrenhaft einen Vortrag, den er bescheiden „über Beobachtungen und Messungen sehr kleiner elektrischer Ladungen und sehr kleiner Magnete“ nannte, der aber geeignet ist, auf dem wichtigen Gebiet der Elektronen auf unsere Anschauungen umwälzend zu wirken. Es ist ja bekannt, daß man heute allgemein annimmt, die Elektrizität sei in derselben Weise atomistisch zusammengesetzt wie die gewöhnliche Materie, d. h. daß eine kleinste elektrische Ladung existiert, das sog. Elementarquantum, von der alle übrigen nur ganzzahlige Vielfache sind, so daß eine 1/2- oder 2/3-fache Ladung nicht vorkommen könne und ebensowenig die Hälfte oder ein anderer Bruchteil dieser Elementarladung. Man hat sie als „Elektron“ bezeichnet und im weiteren Verlauf der Forschung die Anschauung ausgebildet, daß diese Elektronen sogar die kleinsten Bausteine der Materie sind. Allerdings sind sie negativ elektrisch geladen, die Atome der Materie müssen aber auch positive Ladungen besitzen, welche die negative Ladung der Elektronen in ihrer Wirkung nach außen ausheben, so daß sie unelektrisch erscheinen. Man hat daher neben den Elektronen noch positive geladene sog. „Protonen“ als Bausteine der Materie eingeführt.

Nun trat vor 16 Jahren auf der Naturforscherversammlung, die damals in Königsberg tagte, Ehrenhaft auf und berichtete über Versuche, die ihm zu Ladungen geführt hatten, welche kleiner waren als die Elementarladung, also kleiner als das Elektron. Diese Mitteilung erregte damals ungeheures Aufsehen, war sie doch geeignet, die Vorstellungen über das Elektron, die zu einem festen Bestande unserer physikalischen Grundanschauungen geworden war, sehr stark zu erschüttern, wenn nicht gar ganz über den Haufen zu werfen. Natürlich erhoben sich Stimmen, die zunächst an der Tatsächlichkeit der von Ehrenhaft beobachteten Erscheinungen zweifelten. Die Versuche nach der von Ehrenhaft erdachten Methode gehören ja zu den subtilsten, die die Physik überhaupt kennt, denn es werden die Bewegungen von Körperchen an der Grenze des mikroskopisch beobachtbaren in einem elektrischen Feld untersucht, und aus der Art und Größe der Bewegungen, die zufolge der Schwere und der auf die Körperchen wirkenden elektrischen Kräfte erfolgt, wird auf ihre Ladung geschlossen. Daher wurden die Versuche an sehr vielen Stellen wiederholt. Dabei stellte sich ganz deutlich heraus, daß Ehrenhaft zuverlässig beobachtet hatte, daß an der Tatsächlichkeit der Erscheinungen, die er angegeben hatte, gar nicht gezweifelt werden konnte. Ich nenne hier besonders Versuche des amerikanischen Physikers Millikan.

Es blieb nur noch der Ausweg, den Versuchen eine andere Deutung zu geben als Ehrenhaft getan hatte. Ehrenhaft hatte seinen kleinen „Probekörper“, wie er die Kleinen von ihm untersuchten Teilchen nannte, die Eigenschaft des Stoffes zugeschrieben, aus denen sie bestanden, also das spezifische Gewicht oder die Dichte, die dieser Stoff z. B. Gold, Silber usw. besaß. Man wandte ein, daß das nicht zulässig sei, die Stoffverteilung in so kleinen Körperchen (es handelte sich um Kugeln, deren Durchmesser nur wenige Tausendstel eines Millimeters betrug) sei eben anders als in den Massen, mit denen wir es gewöhnlich zu tun haben. Weiter wandte man ein, daß es auch keineswegs bewiesen sei, daß die Probekörperchen wirklich Kugelgestalt hätten. Die Zahl der Abhandlungen, die in den verflochtenen 16 Jahren über die Ehrenhaft'schen Untersuchungen geschrieben worden sind, ist nicht gering, sie hat tausend bereits über-

Auch Ehrenhaft selbst hat unerschrocken weiter gearbeitet und berichtet nun über neue Versuche, die darauf gerichtet waren, die Kugelgestalt und normale Dichte seiner Probekörper nachzuweisen und dadurch den erhobenen Einwänden die Grundlage zu entziehen. Das scheint ihm nun in der Tat gelungen zu sein. Er vermochte es — er war ursprünglich Ingenieur —, einen Elektromagneten von einer Kleinheit zu verfertigen, wie er bisher noch niemals beobachtet worden ist. Die Pole, die verschieden stark sind, stehen nur 2 Millimeter voneinander ab, und in diesem kleinen magnetischen Kraftfeld wurde eine Reihe von Probekörpern der verschiedensten Art untersucht und in ihren Bewegungen verfolgt. Auf die Einzelheiten der Apparatur und der Rechnung kann hier natürlich nicht eingegangen werden. Einwandfrei ergibt sich daraus die Kugelgestalt der Probekörper und die normale Dichte, wie sie auch größere Mengen der betreffenden Stoffe haben, aus denen sie bestehen. Damit wären aber Ladungen als vorhanden nachgewiesen, die kleiner als das Elektron sind, das „Subelektron“ (Unterelektron) wäre Tatsache.

Ehrenhaft hebt mit Nachdruck hervor, daß er keine theoretischen Schlüsse aus seinen Beobachtungen ziehen will, er wolle nur bestimmte Tatsachen feststellen. Werden diese Tatsachen als solche anerkannt — und das müssen sie, wenn sie der Nachprüfung standhalten wie das bisher bei allen Beobachtungen Ehrenhaft's geschehen ist —, dann ist es ja ganz selbstverständlich, daß unsere Anschauungen sich nach den Tatsachen richten müssen, nicht umgekehrt die Tatsachen nach unseren Anschauungen. Unsere Anschauungen sind ja immer nur Bilder, die wir uns von der Wirklichkeit machen, und müssen je nach den Tatsachen, die wir kennen lernen, geändert werden; ganz zutreffend werden diese Bilder wohl niemals sein, denn „ins Innere der Natur dringt kein erschaffener Geist“.

Dr. B. Borhardt.

Der erste Haushund.

Den ersten zahmen Hund, der von den alten Ägyptern in vor-geschichtlicher Zeit zum Haustier gemacht wurde, will der französische Ägyptologe Hippolyte Bouffia in altägyptischen Darstellungen aufge-funden haben, wie er in der Pariser „Nature“ berichtet. Der Ursprung der Hunderrasse und sein erstes Erscheinen als Haustier haben die Gelehrten schon viel beschäftigt. Nach den Funden der Paläontologie, schreibt Bouffia, „ist das Erscheinen der Hundefamilie in der Tertiärperiode am Ende des Eozän festgestellt, also vor etwa zwei Millionen Jahren. Aber daraus folgt noch nicht, daß unser Hund auf eine so frühe Epoche zurückgeht. Wir finden am Anfang des Miozäns den „Amphycion“ als eines der bezeichnendsten Fos-silien der Tertiärzeit. Durch sein Gehirn, seine Zahnstellung und andere Eigenheiten ist dieser Vierfüßler mit dem treuen Freunde des Menschen so nahe verwandt, daß die Paläontologen in ihm den Ahnen des Hundes erkannt haben. Doch erst seit Beginn des Mio-zäns ist in Europa die Gattung Canis deutlich erkennbar. In Nordafrika erschien sie noch später. Spuren vom Hunde als Haus-tier treten uns jedoch erst in der jüngeren Steinzeit in den „Nüch-tenhausen“ Dänemarks, in den Funden der Schweiz und der italie-nischen Hochlande entgegen. Nach der Ansicht mancher Gelehrten stammen alle Haushunde von einer einzigen Art ab, aber diese Theorie hat bei der weiten Verbreitung dieser Gattung über die Erde wenig Wahrscheinlichkeit. Unser Vierfüßler ist so klug und so gelehrt, daß der Mensch, wo er sich niederließ, ihn rasch zum Haus-tier machte. Bevor aber noch irgend eine solche Möglichkeit vor-handen war, gab es zahlreiche Arten von wilden Hunden, und von ihnen stammt die große Anzahl der Haushunde ab, die sich bis auf unsere Tage erhalten haben. Die Ägypter hatten zahme Hunde der verschiedensten Arten, die auf den ältesten Denkmälern dargestellt sind; diese führen fast bis in die jüngere Steinzeit zurück, da ja die Ursprünge der ägyptischen Kultur über 1000 Jahre zurückreichen. Die Ägypter werden also wohl mit die ältesten Menschen gewesen sein, die Hunde zähmten. Nun gibt es unter den heiligen Tieren ihrer Religion ein Geschöpf, das dem Set-typhon, dem Geist des Bösen und Herrn der Schatten, geweiht war. Dieses Tier, über das sich die Gelehrten seit fast einem Jahrhundert den Kopf zerbrechen, ist ein eleganter Vierfüßler von hellbrauner Färbung, mit langen, nervösen Beinen, langen vieredigen Ohren und einem schlanken Schwanz, der am Ende gespalten oder geknotet ist; die Füße haben Zehen wie bei einem Hund. Das Tier des Set trägt ein breites Halsband, ein Zeichen dafür, daß es gezähmt war.“ Bouffia will nun in diesem Tier den ältesten Haushund der Welt erkennen, bei dem Schwanz und Ohren phantastisch umgeformt waren. Wenn man diese unwirklichen Zutaten abzieht, so ist die Ähnlichkeit mit den Hunden, die heute noch wild an den Küsten des Roten Meeres leben, vollkommen. Dieser älteste Gattung des Haushundes hat der Gelehrte den Namen Canis Typhonicus nach dem Gott, dem er heilig war, verliehen.

Lothungern und Totmäßen. Der Mensch kann sich ebenigut lothungern wie totmäßen. Bisher lebte jedoch eine zuverlässige Fest-stellung, bis zu welchem Grad der Nahrungsmangel und die Ueber-mäßung gehen dürfen, um das Leben zu gefährden oder gar zum Tode zu führen. Dieses interessante Problem hat nun ein Forscher — Deder — mit Erfolg gelöst. Seine Untersuchungen gingen von den Körpergewichtszahlen des Menschen aus, da das Körpergewicht, wie man weiß, hauptsächlich von der Nahrungsaufnahme bestimmt wird. Maßgebend ist hierbei sowohl das Normalgewicht des Men-schen, jenes Gewicht, das er nach seiner Größe, seinem Alter usw. haben sollte, und das daher als das „Sollgewicht“ bezeichnet wird, als auch das Gewicht, das sein Körper in Wirklichkeit besitzt, also sein „Istgewicht“. Da vor allem die Frage wichtig war, welche Ge-wichtsabnahme oder -zunahme das Leben des Menschen in Gefahr bringt, hatte sich der Forscher eine Vergleichszahl ausgerechnet, die dadurch zu erhalten ist, daß man das Istgewicht durch das Soll-gewicht dividiert. Diese feste Zahl nun ermöglicht es tatsächlich, zu erkennen, wie weit die Grenzen der Abmagerung und Verfettung des menschlichen Körpers gehen dürfen.

Als Beispiel hierfür sei ein Fall angeführt, bei dem der Patient ein Istgewicht von 31,4 Kilogramm besaß, während sein Sollgewicht 57,5 Kilogramm betrug. Die aus diesen Zahlen gewonnene Ver-gleichszahl war 0,546, was eine Verminderung des Körpergewichts um 45 Proz. bedeutet. Die weiteren Feststellungen ergaben, daß die untere Lebensgrenze, die sogenannte „Verhungerungsgrenze“, sich zwischen den Vergleichszahlen 0,515 und 0,546 bewegen dürfte; der Tod tritt ein, wenn der Körper etwa 50 Proz. seines Sollgewichts verloren hat. Das Gegenteil hiervon stellen jene Fälle dar, bei denen das Leben des Menschen durch Uebermäßigkeit gefährdet ist. Bei diesen Untersuchungen zeigte sich, daß die obere Lebensgrenze, das heißt die Totmäftigungsgrenze, bei der Vergleichszahl 1,679 erreicht ist, wie es zum Beispiel bei einem Istgewicht von 134,3 Kilogramm gegen 89 Kilogramm Sollgewicht der Fall wäre. Demnach bewegen sich die äußersten Lebensgrenzen der Ueber- und Unterernährung des Men-schen wohl ziemlich in allen Fällen zwischen den Zahlen 0,500 und 1,750. Selbstverständlich muß man aber auch mit Ausnahmen rechnen, da sich absolut und allgemein gültige Zahlen schon wegen der großen Veränderlichkeit der durch Muskelkraft, Geschlecht, Alter usw. bedingten Einzelfälle nicht aufstellen lassen. Für die normale Arbeitsfähigkeit des Menschen kann man ungefähr 0,875 als untere und 1,350 als obere Grenzen annehmen.

Die Mumie wird durchleuchtet. Das neueste Anwendungsgebiet der Röntgenstrahlen ist die Untersuchung der Mumien. Ohne die Banagen zu lösen, können jetzt die Besonderheiten jeder Mumie im Durchleuchtungsjahren festgestellt werden.

